

Bezugspreis: Für den Monat Juli 2 000 M. voraus zahlbar. Unter Abrechnung für Deutschland, Danzig, Ost- und Westpreußen sowie Ostpreußen und Litauen 11 100 M. für das übrige Ausland 12 100 M. Hochpreisgebiete Frankreich, Belgien, Niederlande, England, Irland, Finnland, Frankreich, Dänemark, Estland, Lettland, Litauen, Österreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn. Der „Vormärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Weltweit“ und der Beilage „Siedlung und Kleingarten“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

# Vormärts

## Berliner Volksblatt

Anzeigenpreis: Die einseitige Reklametabelle kostet 5000 M. Reklametabelle 20 000 M. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 1500 M. (zuzüglich zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 500 M. Stellensuche das erste Wort 500 M., jedes weitere Wort 500 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Seite 1200 M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 202-205  
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Sonnabend, den 30. Juni 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Polischekonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Distants-Gesellschaft, Depositenkassa Lindenstraße 3

## Der Berliner Etat abgelehnt.

### Die Besitzenden scheuen die wertbeständige Steuer.

In der gestrigen Berliner Stadtverordnetenversammlung wurden sämtliche entscheidenden Steuerentwürfe mit den Stimmen der Kommunisten, der Deutschnationalen, der Volkspartei und eines Teiles der Demokraten abgelehnt. In der darauffolgenden Gesamtstimmung wurde der Etat für 1923, gegen die Stimmen des Zentrums und einiger Demokraten, sowohl von den Rechts- wie von den Linksparteien verworfen.

Zum ersten Male ist in der Berliner Stadtverordnetenversammlung gestern der Etat der Gemeinde abgelehnt worden. Bei der Abstimmung über die Anwendung der Geldentwertungsklausel auf die bisher noch nicht nach gleitenden Tarifen festgelegten Steuern unterlagen die Rechtsparteien einer aus Kommunisten, Sozialdemokraten, Zentrum und einigen Demokraten bestehenden Mehrheit. Diese Niederlage in einer Frage, die doch in ganz kurzer Zeit im Sinne dieses Mehrheitsbeschlusses gelöst werden muß, veranlaßte sie bei der folgenden Abstimmung gegen alle Steuervorlagen, insbesondere gegen Gewerbe-, Betriebs- und Lohnsummensteuer zu stimmen, wodurch der Etat vollständig hinfällig wurde. Bei ihrem Kampfe gegen ein gerechtes Steuersystem, das immer mehr zu einer unvermeidlichen Notwendigkeit geworden ist, und das angesichts des ungeheuerlichen, bisher immer an der Geldentwertung verübten Steuerbetrugs die Forderung des Tages ist, erhielten sie die erwünschte und ersehnte Unterstützung wie gewöhnlich und wie zu erwarten, bei den Kommunisten!

Natürlich wissen die Kommunisten ganz genau, daß diese Unterstützung des steuerscheuen Bürgertums für die Arbeiter und Angestellten der Gemeinden, für die ganze soziale, kulturelle und Wohlfahrtstätigkeit der Stadt die schwerwiegendsten Folgen haben muß. Während sie in großen sächsischen Städten, wie Chemnitz, unter der Führung ihres rechten Flügels nicht nur diesen selben Steuern ihre Zustimmung gegeben haben, sondern auch den Etat verabschieden halfen, triumphiert in Berlin unter Rosenbergs zielbewußter linksoppositioneller Führung der linke Flügel, der sich um die Folgen seines Kampfes gegen die Gemeinde nicht im geringsten kümmert.

Daß die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen, die immer noch nicht begriffen haben, daß die Besitzenden Kreise in Deutschland auch einmal Opfer bringen müssen, gleitende Steuern auf den Besitz auf Tod und Leben bekämpfen, das nimmt nicht wunder. Den Kommunisten blieb es vorbehalten, der Steuerdrückeberger der beiden Rechtsparteien zum Siege zu verhelfen. Sie, die sich nicht genug damit brüsten können, daß sie durch die Aufstellung unerfüllbarer und rein demagogischer Forderungen die Interessen der städtischen Arbeiter und Angestellten viel besser vertreten als die angeblich kapitalistisch orientierten Sozialdemokraten, sie allein tragen die Verantwortung für die Folgen, die aus dem Scheitern des Etats für die Gemeindegewirtschaft, für die soziale und kulturelle Arbeit, wie für die städtischen Arbeiter und Angestellten entstehen müssen.

Die Sozialdemokratie hat bis zum Neuesten versucht, einen Ausgleich zu finden. Ein Etat ohne die großen Steuern und ohne Anpassung dieser Steuern an die seit dem 1. April eingetretene Geldentwertung war eine Sinnlosigkeit in sich. Die Deutsche Volkspartei, die im Reich und Preußen an der staatlichen Verantwortung beteiligt ist und die auch in Berlin bisher stets den Versuch gemacht hat, den Notwendigkeiten der Gemeinde Rechnung zu tragen, hat noch im letzten Moment einen Vergleichsvorschlag des Magistrats abgelehnt, die Abstimmung über die Geldentwertungsklausel getrennt vom Etat vorzunehmen, und eine gesonderte Magistratsvorlage gestern noch anzunehmen.

Die Industriellen und Gewerbetreibenden können sich eben nicht daran gewöhnen, daß auch sie ihr Teil zur Erhaltung der öffentlichen Wirtschaft beitragen müssen. Die Antwort werden sie von den wertkräftigen Massen und von den durch ihre Steuerabotage aufs schwerste getroffenen Arbeitern, Beamten und Angestellten der Gemeinde zweifellos erhalten. Ihr Verhalten kennzeichnet zur Genüge die tiefe Verechtigung der Warnung, die das verantwortliche Organ der Volkspartei „Die Zeit“ in den letzten Tagen und namentlich gestern noch an die Wirtschaftskreise gerichtet hat. Vorläufig scheinbar noch ergebnislos. Wir glauben freilich, daß diese Scheu vor der Verantwortung nicht lange andauern kann. Die innerpolitische Spannung, die das verantwortungslose Verhalten der Besitzenden Kreise in Steuerfragen erzeugen muß, die Empörung und der Druck der Massen wird stark genug sein, um auch diese sich immer noch allmächtig dünkenden Kreise zum Nachdenken und zum Nachgeben zu zwingen.

## Klarheit — kein Friede!

### Ergebnislose Beratung der Zentralarbeitsgemeinschaft.

Von Kurt Heinig.

Der drohende Metallarbeiterstreik wird zum Symbol des Kampfes um die wertbeständigen Löhne. Hier wie dort die gleiche Voraussetzung: keine Verständigungsmöglichkeit. Auch die gestrige Sitzung der Zentralarbeitsgemeinschaft verlief, wenn nicht die entgegenkommenden Worte gewogen werden, sondern der tatsächliche Willensausdruck der Unternehmer, so gut wie ergebnislos.

Was wollen die Arbeitnehmer ohne Unterschied der gewerkschaftlichen Richtung? In einer ganzen Reihe von Sitzungen sind nach sorgfältiger und gewissenhafter Untersuchung Vorschläge ausgearbeitet worden. Sie wurden gewogen, abgeklappt und bis in die letzte Konsequenz, die die Verantwortlichkeit gegenüber der gesamten deutschen Wirtschaft auferlegt, durchdacht. Dadurch, daß der frei zu erkämpfende, dann tariflich festzulegende Grundlohn durch Bindung an den Lebenshaltungsindex wertbeständig gemacht wird, soll die entsetzliche Tortur aufhören, daß der Arbeitnehmer, die Augen an sein eigenes Elend gefesselt, der wehenden Markt in stets schwärzere Tiefen nachstürzt. Wir wissen, daß in dem Augenblick, da der Arbeitnehmer den Nacken wieder heben wird, er auch nicht in das Paradies kommt. Aber er wird, seelisch frei, verantwortlich zu denken und Wege aus dem Elend der allgemeinen Bewucherung, der niedrigen Ausbeutung aller gegen alle zu erzwingen vermögen!

Was boten die Unternehmer? Zunächst nichts! In der Kommission, die von der Zentralarbeitsgemeinschaft gewählt wurde, häuften sich die guten Worte der Anerkennung der Arbeitsmühsal und der Unhaltbarkeit des derzeitigen Lohnsystems zu wahren Bergen. Positive Vorschläge brachten die Unternehmer überhaupt nicht mit. Die Diskussion ergab, daß nicht einmal die längst in der Öffentlichkeit bekannt gewordenen Vorschläge der Arbeitnehmer ernsthaft durchdacht waren. Zuletzt wurde doch von den Unternehmern ein aktiver Gedanke herausgepreßt. Man bot als Index jeweils 80 Proz. des Goldankaufspreises. In der Kritik zerbrach der Vorschlag. Ihm folgte ein anderer, der Goldzollaufgeld, und danach wieder ein anderer, der alleinstimmig machende Dollar. Lohn und Gehalt sollen also an den Dollar gebunden und mit ihm wachsend, wie es die Spekulation, die ständig wechselnden wirklichen Bedürfnisse der Wirtschaft, außenpolitische, weltfinanzielle Kräfte und unbekannte dunkle Mächte für gut befinden, wild heraus und herunter geschleudert werden! Das kann kein Arbeitnehmer verantworten. Die Kommission ging mit dem einzigen Ergebnisse auseinander, daß man zu keiner Einigung gekommen war.

Gestern nachmittag versammelte sich das Plenum der Zentralarbeitsgemeinschaft. Wieder flossen die wahrscheinlich sogar ehrlich gemeinten Anerkennnisse der Unmöglichkeit des derzeitigen Zustandes in breitem Strom und fortgesetzt erneut durch die Sitzung.

In der Zwischenzeit, seit die Kommission auseinandergegangen ist, sind auf Unternehmerseite zwei neue Gesichtspunkte entdeckt worden. In der Kommission war man gegen den Lebenshaltungsindex gewesen, weil bei seiner Anwendung die Feststeller der Lebensmittelpreise nach Annahme der Unternehmer trotz aller subjektiven Ehrlichkeit doch gelockt werden würden, die höheren Preise anzugeben und so den Index der Lebenshaltung nach oben zu treiben. Im Plenum wurde gestern festgestellt, daß die Schätzungen in allen Städten Deutschlands seit langem durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber gemeinsam gemacht werden. Jenes Argument fiel also. Jetzt war man gegen die Anpassung des Grundlohnes an den Lebenshaltungsindex, weil damit die Kaufkraft des Lohnes immer gleich bleibe. Das müsse im besonderen dann, wenn der Dollar, das Gold, sich stabilisiere, für die Wirtschaft zur Katastrophe führen. Kurz danach wurde nicht mehr von Goldankaufspreis, Goldzollaufgeld oder Dollar gesprochen, sondern von einer Goldklausel, deren Wesen dunkel blieb. Man sprach von einer Valorisierung, einer Wertbeständighaltung der Löhne für die jeweilige Tarifdauer, die ja nur eine Woche zu betragen brauche! Dieser Vorschlag kam aus den Unternehmerräumen der Metallindustrie, und wohl aus juristisch geschulten Köpfen, die sich häufig nicht verpflichtet fühlen, volkswirtschaftliche Einsicht und einen Blick für die Gesamtheit der sozialen Zusammenhänge zu haben.

Die Arbeitnehmer untersuchten von jedem nur denkbaren Gesichtspunkte aus das Wesen der Unternehmeranschläge, sie blieben untragbar. Es gibt eben keine Verständigung, wenn die Arbeitnehmer die notwendige Erhaltung der Kaufkraft des Lohnes verlangen müssen, während auf der anderen Seite die Schwankungen der Kaufkraft nicht nur verweigert, sondern durch die Bindung der Löhne an das spekulativste Element unserer Zeit, das Gold, noch verstärkt werden sollen.

Zeitweise schien gestern die Sitzung der Zentralarbeits-

## Der Metallarbeiterstreik beschlossen.

Wie uns gegen 1 Uhr morgens gemeldet wird, haben die Metallarbeiter Groß-Berlins den Schlichtespruch mit mehr als Dreiviertelmehrheit abgelehnt. Damit ist der Streik beschlossen. Er dürfte am Montag beginnen. Morgen, Sonntag, voraussichtlich Funktionärskonferenz. Nähere Mitteilung darüber im heutigen Abendblatt. — Im übrigen verweisen wir auf den gewerkschaftlichen Teil dieser Nummer unseres Blattes.

## Was Frankreich England antworten will.

Paris, 29. Juni. (G.) Der „Temps“ teilt mit, daß den Gesandten Frankreichs in den verschiedenen alliierten Staaten in den nächsten Tagen die Weisung zugehen würde, den Regierungen die gesamte französische Politik darzulegen. Der Botschafter in London, Graf St. Aulaire, werde bereits in den nächsten Tagen Lord Curzon jede der von der englischen Regierung gestellten Fragen Punkt für Punkt genau beantworten und ihn besonders darauf aufmerksam machen, daß Frankreich mit seiner Luftflotte in keiner Weise Angriffsabsichten gegenüber England verfolge. Es sei im Gegenteil der Wunsch Frankreichs, mit England gerade auf dem Gebiet der Luftschiffahrt neue Abmachungen zu treffen, insbesondere dahin, daß sie sich gegenseitig über die Erfindungen auf diesem Gebiet verständigen würden. Darüber hinaus sollten die Flieger beider Länder das Recht haben, Gebiete und Hoheitsgewässer der beiden Staaten zu überfliegen. Außerdem werde Graf St. Aulaire darauf aufmerksam machen, daß Frankreich gegenüber Deutschland keinerlei Annexionsabsichten hegt. Eine künstlich herbeigeführte Auflösung des Deutschen Reiches könne Frankreichs Sicherheit noch nicht garantieren; diese sei solange garantiert, als keine Truppen am Rhein stünden. Nach dem Abzug seiner Truppen müßte bestimmt werden, daß in diesem Gebiet keine Garnisonen und keine Fabriken zur Herstellung von Kriegsmaterial unterhalten werden, keine Einberufungen erfolgen und keinerlei Steuern erhoben werden dürfen, die in wirtschaftlicher oder finanzieller Hinsicht der Vorbereitung eines Krieges dienen sollten.

Wenn man einem Etwa Angriffsabsichten zuschreibt, wird man auch jede seiner Steuern als zu Kriegsvoorbereitung dienend erklären. Die Enthüllungen des „Observer“ kamen gestern, Freitag, in der

französischen Kammer zu Sprache. Der Kommunist Cahin fragte unter Hinweis darauf, ob die französische Regierung faschistische und separatistische Bewegungen in Deutschland mit Geld unterstütze. Der Finanzminister erklärte, der Ministerpräsident werde dem Abgeordneten antworten, wenn er in der Kammer anwesend sein werde. Das Dokument des „Observer“ bezog sich auf ein als vollkommen apokryph. Die französische Regierung habe dies in der formellsten Weise erklärt. Der Abg. Cahin erwiderte, das Dementi der französischen Regierung habe sich nur auf den Ursprung des Dokuments bezogen. Er behalte sich vor, die Frage aufs neue zu stellen, wenn der Ministerpräsident anwesend sein werde.

## Das Weitrüsten in der Luft.

Paris, 29. Juni. (W.B.) In der Nacht Sitzung der Kammer wies Abg. Benazet auf Baldwins im Unterhause abgegebene Erklärung hin, England bedürfe einer Aufrüstung, die derjenigen der stärksten Luftmacht im näheren Umkreis zum mindesten gleichkomme. Der Redner protestierte energisch gegen diese Äußerung, die die Annahme enthalte, daß Frankreich an einen Angriff denke. Kriegsminister Maginot führte aus, Frankreich habe beim Waffenstillstand 3500 Flugzeuge und Maschinen gehabt. Es habe zurzeit nur noch 1300. Für Frankreich sei es eine Notwendigkeit, die Zahl seiner Flugzeuge und seiner Geschwader zu erhalten, da es bestimmte wisse, daß Deutschland erhebliche Anstrengungen mache, um sich eine Luftschiffahrt zu schaffen. Es handle sich nicht um England, es handle sich ausschließlich um Deutschland. Es wäre von französischer Seite unverzeihlich, sich von neuem einer deutschen Gefahr auszusetzen. Abg. General de Castelnau erklärte, Deutschland sei hinsichtlich der Luftschiffahrt völlig unvorbereitet in den Krieg einzutreten. Es habe keine 2000, sondern nicht mehr als 200 Maschinen und einige Flugzeuge gehabt. Die französische Luftfahrt sei der deutschen überlegen gewesen.

## Arbeiterpartei und Militärbudget.

London, 29. Juni. (G.) Im Kongreß der Arbeiterpartei wurde am Donnerstag mit 2 924 000 gegen 800 000 Stimmen eine Entschließung abgelehnt, die die Abgeordneten der Arbeiterpartei entläßt, grundsätzlich gegen jedes Militärbudget zu stimmen, das dem Parlament vorgelegt wird.



gemeinschaft eine wissenschaftliche Kommissionsberatung zu sein. Sie schien es nur zu sein, denn durch die Aufstellungen der Arbeitgeber weiterleuchtete immer wieder der Wille, die Wirtschaft der sich frei auslebenden Kräfte, der wertunbeständigen Faktoren der Preise, ihr spekulatives Moment zu erhalten. Auf unserer Seite wurde der Kampf gegen das Absterben der arbeitenden Hände geführt. Das ist eine andere Welt!

Wissell vom ADGB sprach es aus, und der Sitzungsraum im Reichswirtschaftsrat wurde zur Tribüne, ja minutenlang zu dem Schauplatz, auf dem Millionen und aber Millionen von Augen erwartungsvoll stumm und in letztem Willen zum Frieden blickten. Das Fluidum der Massen der freigewerkschaftlichen, christlichen und Hirsch-Dunderschen Arbeitnehmer, die von der Sitzung der Zentralarbeitsgemeinschaft eine Lösung erwarteten, drang durch Fenster und Mauern; aber auch diese Welle der letzten Hoffnung auf Verständigung zerbrach sich an dem unabänderlichen Willen der Arbeitgeber, die Kaufkraft des Arbeitslohnes nicht werbeständig werden zu lassen. Die Debatte war erschöpft, die Unternehmer zogen sich zurück.

Die Sitzung der Zentralarbeitsgemeinschaft endete mit der Erklärung der Unternehmer, daß sie die angeschlossenen Organisationen bitten werden, die Löhne so schnell, als es möglich erscheint, an die Geldentwertung anzupassen. Man will sich „eigentlich die Köpfe zerbrechen“, wie eine automatische Anpassung der Löhne an die Geldentwertung durchführbar ist, und wenn die Arbeitnehmer mit anderen Vorschlägen kommen, als es diejenigen sind, von denen sie nicht abweichen können, dann soll objektiv erneut geprüft werden.

Jetzt haben Worte nicht mehr viel Zweck. Für Montag vormittag eisenhaltig Uhr hat das Reichsarbeitsministerium die Parteien geladen. Diese Konferenz ist vielleicht als ein allerletzter Verständigungsversuch zu bewerten. Wenn sie realen Erfolg haben soll, dann muß sie über die Köpfe der Indeggegner hinweg den Weg zur gesetzlichen Anpassung der Löhne an die Geldentwertung öffnen.

Es wäre gewissenlos, die Arbeitnehmer auch heute noch zu bitten, weiter zu warten. Sie haben nunmehr das zu tun, was ihnen harte Zeiten als Gewohnheit aufgezwungen haben, sie müssen um die Erhaltung der Kaufkraft ihres Lohnes kämpfen.

Wir erwarten, daß das Reichsstatistische Amt sofort damit beginnt, eine wöchentliche Maßziffer der Lebenshaltungskosten zu veröffentlichen.

Überall da, wo Tarifberatungen stattfinden, muß die Indegklausel — der Grundlohn und die Erhaltung seiner Wertbeständigkeit durch die Anpassung an den Lebenshaltungsindex des Reichsstatistischen Amtes — gefordert und erkämpft werden.

Die Politik der Unternehmerhändel ist selbstverständlich auch gegen derlei freiwillige Vereinbarungen. Dr. Meißinger von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände soll ja schon vor solchen Tarifabschlüssen durch Rundschreiben gewarnt haben. Aber mit Schreibebriefen ist der Wille der Massen, die wissen, was sie wollen, weder zu lenken noch aufzuhalten.

Jetzt haben die Berliner Metallarbeiter das Wort, und andere Berufe werden, da die Tarife sämtlich nicht sehr langfristig sind, folgen.

## Feme-Mord und Mecklenburger Justiz.

Die reaktionären mecklenburgischen Blätter sind sich über die Taktik, die sie gegenüber der Ausbeutung des Parchimer Mordes einschlagen haben, noch nicht im klaren. Die einen möchten gern die Angelegenheit als ein unpolitisches Verbrechen, begangen im „Mißhol- und Roheitsrausch“, abtun, die anderen sehen wohl ein, daß sie auf diese Art doch nicht weiterkommen und versuchen, dem Mord die Glorie einer „vaterländischen“ Tat zu verleihen, indem sie das Opfer Radow als einen „französischen Spion“ bezeichnen. Dieser

Legende würde bereits am Dienstag in der Sitzung des Mecklenburgischen Landtages — aus der bezeichnenderweise der deputatvölkische Abgeordnete Giese verschwand, sobald dieser Punkt berührt wurde — von den mecklenburgischen Ministern entschieden entgegengetreten.

Demgegenüber muß auf die Mitteilungen eines bürgerlichen-Schweriner Blattes, des „Norddeutschen Anzeiger“, hingewiesen werden. Darin heißt es:

In letzter Zeit, in der offenbar ein gewalttätiger politischer Vorstoß vorbereitet wurde, galt Radow der Organisation als nicht mehr zuverlässig, und so wurde — offenbar auf Anweisung der Zentralleitung der Rostoch-Organisation — schon einige Zeit vor der Tat der Entschluß gefaßt, ihn zu ermorden.

Das Blatt erinnert in diesem Zusammenhang an einen „streng geheimen Befehl“ der Hamburger Rechtsputschisten über die Bildung einer Feme zur Beseitigung von „Verrätern und politisch mißliebigen Personen“.

In der gleichen Nummer des „Norddeutschen Anzeiger“ erinnert der Chefredakteur Paul Ahrend an einen Vorfall, der sich nach dem Rapp-Putsch ereignet hatte, und der ein bezeichnendes Licht auch auf das jetzige Verhalten der mecklenburgischen Justiz wirft:

In einer verschwiegenen Kiezgrube wurde der Arbeiter Bahnte, ein fleißiger Vater unversorgter Kinder, von hergekauften Burtschen niedergemacht in einer Weise, wie sie damals noch nicht viel häufiger gedacht werden konnte. Der Haupttäter wurde vom Ersten Staatsanwalt in Schwerin zur Vernehmung gebeten und, nachdem er sich einzustellen die Güte hatte, auch in der Privatwohnung des Beamten vernommen. Nicht daß im Justizgebäude kein Platz gewesen wäre — aber es war gerade am Sonnabendnachmittag, da ruht alles. Der Beschuldigte gab auch zu, den armen Bahnte „auf der Flucht“ erschossen zu haben. Der Staatsanwalt konnte leider damals die Schuld des Heitn noch nicht ganz erweisen, und in seiner frommen Gutgläubigkeit schickte er ihn wieder nach Hause. Von einer Seite, die nie ermittelt ist, wurde dem jungen Herrn dann der Zug über die Grenze ermöglicht. Erst als er sich durch das Urteil gegen seine Kameraden überzeugt hatte, daß seine Gefahr bestand, kam er zurück — und wurde auch freigesprochen von Geschworenen, die zum Teil Zeitschweigende waren.

Das Verhalten des Schweriner Staatsanwalts gegenüber den kappistichen Mordbuben hat eine so frappante Ähnlichkeit mit dem von uns schon geschilderten Vorgehen des Schweriner Staatsanwaltes Hennings gegen die Parchimer Freiheitsparteiern Massolle und von Hardt, daß man unwillkürlich die Frage aufwerfen muß, ob die beiden Staatsanwälte etwa identisch sind?

Und das erwähnte Geschworenengericht gibt uns einen Vorgeschmack dessen, wie der Parchimer Mord gerichtlich enden würde, falls er nicht vor den Staatsgerichtshof nach Leipzig, sondern vor ein Geschworenengericht in Schwerin käme, in dem zum Teil Graze- und Rostoch-Anhänger sitzen würden.

Am gleichen Tage bringt die sozialdemokratische „Mecklenburgische Volkszeitung“ in Rostoch eine womöglich noch tollere Geschichte zur Sprache. Danach hat der Oberstaatsanwalt Kerstenhann in Rostoch im Jahre 1923 gegen unseren dortigen Redakteur Genossen Respiatal Anklage „im öffentlichen Interesse“ wegen Beleidigung — des Vorstandes des deutsch-völkischen Schütz- und Truhbundes erhoben! Unser Parteiblatt hatte nämlich vor Jahresfrist — kurz nach dem Rathenau-Mord — ein „streng vertrauliches“ und „nach dem Lesen zu vernichtendes“ Zirkular veröffentlicht und kommentiert, in dem zu lesen war:

„Der eine stellt die Mittel zum Kampf, der andere opfert Leib und Leben.“

„Den Angehörigen der Brigade Ehrhardt ist jede erdenkliche Hilfe zu leisten.“

„Daß es nicht nur bei der im letzten Rundschreiben erwähnten Tätigkeit bleibt, ist selbstverständlich, doch hatten wir gehofft, ohne die nicht immer angängige genaue Zweckerklärung die erforderlichen

viele andere seiner Bandenteute scheint das Deutsche gar nicht als etwas zu empfinden, was irgendwie fremd ist. Lieber er in Deutschland und beschäftigte er sich mit Politik, so wäre ihm wahrscheinlich Wulle nicht völkisch genug. Glücklicherweise läßt er die Politik ganz beiseite und widmet sich ausschließlich seiner Lebensaufgabe, die darin besteht, Dalekarliens alte Bauernkultur vor der Ueberflutung durch die moderne Zivilisation zu schützen.

Mit Stolz zeigt er uns ein uraltes Bauernhaus, aus roh behauenen Holzstämmen blockhausartig zusammengesetzt, das in seinem Innern ein Museum bäuerlichen Kunstgewerbes zu sein scheint. Auf altertümlich geschliffenen Büchergestellen stehen Werke der neuesten Literatur. Es gibt hier kaum ein Haus ohne gute Bücher. Der Besitzer und Bewohner trägt uns Grüsse an Anna Lindhagen in Stockholm auf, die sozialistische Schwester des sozialistischen Bürgermeisters. Er selber ist kein Sozialist, wie er erklärt, aber er verehrt das menschenfreundliche Werk Anna Lindhagens und unterstützt es nach Kräften.

Auf Dälberg haust Ancacrona selbst in einem ähnlichen, doch viel weitaufgeremterem Gehöft, das einem altgermanischen Herrenschloß gleicht. Von hier überseht man das ganze weite Land. Wald und Wasser, Wasser und Wald. Hier ist der See am schönsten, wenn zu Mitternacht der Mond über ihm steht und sich in ihm die sanfte Rote des Horizonts spiegelt, sie kündigt die Nähe des Nordens, wo jetzt die Sonne nicht untergeht.

Das ist der Sillansee — wer ihn gesehen, wird ihn niemals vergessen.

Hyposporensuche an Tieren. Im Gegensatz zu den Pflanzen, die den Bestrebungen des Gärtners, einzelne Teile eines lebenden Pflanzenkörpers auf einen anderen zu übertragen, sie zu transplantieren“ und beide zum Verwachsen zu bringen, nur wenig Widerstand entgegenzubringen pflegen, ist eine solche Vereinigung in der Tierwelt viel schwieriger. Zwar macht die moderne Chirurgie von der Transplantation lebenden Gewebes heute weitgehenden Gebrauch, aber es handelt sich hier entweder nur um Gewebe des lebenden Individuums, die von einer Stelle des Körpers auf eine andere übertragen werden, oder doch nur um kleinere Stücke lebender Zellmassen. Ein klassisches Versuchsobjekt für solche Verwachsererscheinungen ist ein harmloser Dummhahn, unser Regenwurm, geworden. Zahlreiche Versuche aus früheren Jahren haben gezeigt, daß es unter Beobachtung der nötigen Vorichtsmaßnahmen möglich ist, zwei Kopfsenden und ebenso zwei Schwanzenden desselben Tieres zur Verwachung zu bringen oder in das zerschnittene Tier ein neues Mittelstück eines Angehörigen derselben oder einer verwandten Art einzufügen oder die Wundfläche des Vorderendes mit der Rückseite des hinteren Teiles zu vereinigen, und meist zeigte es sich, daß die so oder ähnlich behandelten Tiere noch monatelang, ja Jahre hindurch weiterlebten. Nur mit den aus zwei Kopfsülden oder zwei Schwanzenden zusammengesetzten Tieren hatte das aus begründeten Gründen seine Schwierigkeit. Hier fehlten die Versuche G. Rudolffs ein, die im Archiv für Entwicklungsmechanik veröffentlicht wurden. Er schnitt zwei verschiedenen Arten von Regenwürmern die Köpfe

ab und vereinigte die beiden kopfslosen Schwanzenden, was ohne Schwierigkeit gelang. Dann wurde das eine wieder gekürzt, und es bildete sich nach kurzer Zeit an der Schnittstelle ein neuer Kopf, so daß das Hinterende des früheren Wurmes zum Kopfsende wurde. Ein zweiter Kopf entstand aus der Narbe der ersten Verwachungsstelle, und beide dienten wahrscheinlich der Ernährung. Auf diese und ähnliche Weise hat Rudolff etwa 1000 Würmer operiert; nicht immer zeigte sich bei diesen Experimenten die Fähigkeit des Weiterlebens gleich ausgebildet, und das ist ja auch erklärlich. Daß gerade unser Regenwurm eine so große Widerstandsfähigkeit gegen die geschilderten operativen Eingriffe zeigt, ist wohl daraus abzuleiten, daß es bei seinem Leben in der Erde oft vorkommen wird, daß einer seiner Feinde, vor allem der Maulwurf, mandmal Stücke des Tieres einfach abbeißt. Der Wurm wäre jedesmal dem Tode verfallen, wenn er nicht die Möglichkeit besäße, die verloren gegangenen Körperteile leicht wieder zu ersetzen.

Astronomie und Internationalität. Der Vorstand der Deutschen Astronomischen Gesellschaft hat an Stelle des im vorigen Jahre verstorbenen berühmten holländischen Astronomen Kapteyn als Vorstandsmitglied den Präsidenten der Italienischen Astronomischen Gesellschaft, Professor Cerulli, kooptiert. Es ist sehr zu begrüßen, daß in der Astronomischen Gesellschaft die internationalen Beziehungen nach wie vor gepflegt werden. Wie sehr vom Gesichtspunkt des internationalen Charakters der Wissenschaft gerade die Wahl Cerullis eine glückliche zu nennen ist, zeigt die Rede, die dieser bei der letzten Versammlung der von den Astronomen der Unterteiländer gegründeten „Union Astronomique Internationale“ in Rom gehalten hat. Er sagte dort u. a.:

„Lebensbedingung für unsere Union ist die Universalität. Es ist unerlässlich, daß die Union sich auszudehnen suche auf alle Kulturvölker. Die Unterscheidung zwischen ihr angehörenden und ihr nicht angehörenden Ländern muß verschwinden. . . Wir sollen nicht nur unsere Augen über die irdischen Räume, sondern auch unsere Geister über die menschlichen Fehler erheben. Die menschlichen Fehler und Schwächen führen notwendig zu nationalen Rivalitäten, zu nationalem Haß. Wir Astronomen aber pflegen neben unserer angeborenen Rationalität eine solche der Wahl, eine Supernationalität, die uns für immer mit Banden der Brüderlichkeit vereinigt und keine Ausnahmen kennt.“

Wohltuend heben sich diese Ausführungen ab von dem nationalstiftischen Gebahren mancher deutschen Professoren, z. B. des Heidelberger Physikers Benard, der in der Kriegsschule im August 1914 der Londoner Royal Society die ihm verliehene goldene Medaille zurückgab, und der sich auch heute noch nicht in die für einen Vertreter der Wissenschaft normale Verfassung zurückerfinden konnte.

Eine Versuchsschule im Ruhrgebiet. Die zahlreichen, über ganz Deutschland verstreuten Versuchsschulen, in denen die moderne Pädagogik gleichsam ihr Laboratorium besitzt, werden von D. Karst in einem umfassenden Aufsatz des „Jahrbuches des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht“ behandelt (bei E. S. Mittler in Berlin). Dabei wird auch die Aufmerksamkeit auf eine interessante Versuchsschule in Essen gelenkt, die sich unter den schwierigen Verhältnissen der Besetzung glücklich entfaltet hat. Die ganze Arbeit dieser Schule wird von dem Gedanken der ständigen

## Neuwahlen in Mecklenburg-Strelitz.

Zus Mecklenburg-Strelitz wird uns geschrieben:

In Mecklenburg-Strelitz, vor der Revolution eines der reaktionärsten Ländchen des kaiserlichen Deutschlands, finden am 8. Juli zum vierten Male Wahlen seit dem Zusammenbruch der monarchistischen Herrschaft statt. Vor dem Kriege hatte Mecklenburg-Strelitz eine autokratische Gewalt: Die Bevölkerung war ohne Verfassung und ohne Mitbestimmungsrecht der Willkür der Junkerlaste ausgeliefert. In dem ständischen Landtag saßen die Rittergutsbesitzer und Bürgermeister, die „Untertanen“ hatten nichts zu sagen, Stadt- und Vandalenarbeiter, Angestellte und Beamte konnten ihre Forderungen nirgends vertreten. Bei der ersten Wahl zum verfassunggebenden Landtag im Dezember 1918 erhielt die Sozialdemokratische Partei die Hälfte der Abgeordnetenplätze. Nachdem eine Verfassung geschaffen war, erfolgte am 30. März 1919 die Wahl zum ersten ordentlichen Landtag, der nach der Verfassung nur auf ein Jahr gewählt wurde. Dabei wurden von 48 260 abgegebenen Stimmen 23 100 Stimmen für die Sozialdemokratie, 25 160 Stimmen für die bürgerlichen Parteien abgegeben. Trotz der bürgerlichen Stimmenmehrheit erhielt infolge der Wahlkreiserteilung die Sozialdemokratie 18, die Bürgerlichen 17 Mandate. Die ungerechte Wahlkreiserteilung wurde dann auf Veranlassung der sozialdemokratischen Fraktion selbst geändert. Am 16. Mai 1920 wurde der zweite ordentliche Landtag auf drei Jahre gewählt. Diesmal verteilten sich die 53 476 abgegebenen Stimmen wie folgt: auf die SPD. entfielen 23 006 Stimmen mit 15 Mandaten, auf die USPD. 2257 Stimmen mit einem Mandat und auf die bürgerlichen Parteien zusammen 28 231 Stimmen mit 19 Mandaten. Während des ersten sowohl wie während des zweiten Landtages bildete sich eine Regierungskoalition aus Sozialdemokraten und Demokraten, die je einen Minister stellten; unsere Partei zunächst den Genossen Krüger, später den Genossen von Reibnitz. Die Opposition bildeten die in der Wirtschaftlichen Vereinigung zusammengeschlossenen Deutschnationalen und Volksparteier. Am zweiten Sonntag im Juli wird nun für das Ländchen Mecklenburg-Strelitz auf weitere vier Jahre die Entscheidung über die künftige Regierung fallen. Im Vertrauen auf die erfolgreiche Arbeit, die unsere Partei seit dem Umsturz im Lande geleistet hat, sieht sie dem Wahltag zuversichtlich entgegen.

## Noch eine Cuno-Rede . . .

Der Reichskanzler Cuno traf gestern aus Eibersfeld in Bremen ein und hielt vor der Handelskammer eine Rede, in der er jedoch nichts wesentlich Neues ausführte. Abends fuhr er nach Hamburg. Vermutlich wird er auch dort sprechen. . .

Zehn Milliarden für Jugendwohlfahrt. Im Bevölkerungspolitischen Ausschuss des Preussischen Landtages teilte die Regierung mit, daß das Reich 10 Milliarden, die nach der Kopfzahl auf die Länder verteilt werden sollen, für Jugendwohlfahrt zur Verfügung gestellt hat.

## Am Sillansee.

st. Mora, Ende Juni.

Das Herz Schwedens ist Dalekarlien, das Herz Dalekarliens ist der Sillansee.

Blau und silbern dehnt sich seine Fläche, von den Höhen ringsum grünen dunkle Tannen, dazwischen Birken hellgrün wie bei uns im Mai. Der Flieder steht an geschützten Stellen in voller Blüte, an anderer beginnt er sich erst zu öffnen. Apfelbäume stehen in voller weißer Pracht, nur ein heißer Sommer und ein langer Herbst kann in diesem Jahr ihre Früchte zur Reife bringen, und besorgt blüht der Bauer nach ihnen wie nach den malgrünen Feldern, deren dicke Halme und vollen Lehren der Sonne harren. Dazwischen verstreut stehen die roten Holzhäuschen wie dralle Bauerndörfer.

Dahinter aber Wald, Wald, Wald, Wasser und Wald, Wald und Wasser, das ist Schweden: das ist Dalekarlien, das ist der Sillansee. In den Wäldern haufen die Waldarbeiter, die alle Menschen mit Du anreden und — sozialistische Abgeordnete nach Stockholm in den Reichstag schicken.

Auf dem Schiff stehen Bauernmädchen in bunten Kleidern mit spitzenweißen Hauben und singen ihre uralten dalekarlischen Weisen. In der fremden Mundart klingen Worte auf, die Schweden und Deutschen gemeinsam sind, aber im ganzen ahnt man mehr den Sinn als man ihn versteht. „O Sillan,“ heißt es an einer Stelle, „wer dich gesehen, der wird dich niemals vergessen!“

Die Weisen sind entweder tief melancholisch oder von überströmender Lustigkeit. Das ist der lange Winter mit seinen kurzen, bleichen Tagen und der kurze Sommer mit seiner nachlos strahlenden Pracht, ist Waldensamkeit und wilder Tanz auf dem Dorfplatz.

Hier, im Herzen Schwedens, ist die Dichterin Selma Lagerlöfs, hier an den Ufern des Sillan hat Anders Jörn gewirkt und liegt er begraben. Hier steht sein Denkmal Gustav Wofas, bäuerlich schlicht voll harter Kämpferleidenschaft, und — in einem anmutigen Park — die bronzene Statue eines Mädchens. Jörn, der in Deutschland als Bildhauer wenig bekannt ist, modellierte wie er malte, mit derselben fabelhaften Lebendigkeit wie auf der Steinwand stehen seine Gestalten auch in Erz vor uns.

Sein Erbe hütet der Waser Gustav Ancacrona. Man kennt den Sillan und seine Ufer nicht recht, wenn sie einem nicht von Gustav Ancacrona gezeigt werden. Trübe Ancacrona ein Fell um die Schultern und ein Horn um die Hüften, so brauchte er weiter nichts zum alten Germanenhauptling, wie man ihn auf den Bildern sieht. Er streicht von Lebenskraft und Künstlerfreude.

Wie die meisten gebildeten Schweden spricht Ancacrona ein tadelloses und fließendes Deutsch (in einem Jahr hörte ich in Berlin nicht sonst Goethe und Heine zitiieren wie hier in einer Woche). Einen schweigenden, in sich verfunkenen deutschen Kollegen weckt er aus seinen Träumen mit der übermäßig polternden Frage: „Herr, verstehen Sie denn nicht deutsch? Dontrwetter!“ Er, wie



## Die Klittierspritze.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schweigt.

Der Landtagsabgeordnete Baeder, Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“, beglückte uns vor einigen Tagen mit einer Berichtigung, in der er erklärte, den Klittierspritzenartikel in seinem Organ nach dem Scheidemann-Attentat weder geschrieben, noch vorher von ihm Kenntnis gehabt zu haben. Diese Mitteilung enthielt eine Preisgabe der „Klittierspritze“.

Wir nahmen von der Berichtigung in lokaler Weise Notiz und erwarteten von Herrn Baeder, daß er auch die Leser der „Deutschen Tageszeitung“ von seiner Stellungnahme unterrichtete. Das ist bisher nicht geschehen. Sollte der Grund hierfür in der Befürchtung des Herrn Baeder zu finden sein, die Spekulation auf die Vergeßlichkeit der breiten Öffentlichkeit könne bei seinen eigenen Lesern mißgelingen? Vielleicht erinnert sich Herr Baeder daran, daß er am Tage nach dem Erscheinen des Klittierspritzenartikels, von dem er heute nichts wissen will, von seinem Pfingsturlaub zurückkehrte, um in seiner temperamentvollen Art eine Lanze für seine Klittierspritzenmänner zu brechen. Vierundzwanzig Stunden nach dem ersten Erscheinen am 19. Juni 1922 ein von ihm gezeichnete zweiter Artikel unter der eindeutigen Überschrift: „Die im Glashause...“ und dieser Beitrag erweckt alles andere als den Eindruck, der Verfasser billige nicht die Schreibweise des Klittierspritzenmänner. Es heißt da u. a.:

„Man sucht uns einen Vorwurf daraus zu machen, daß wir die Meldung nicht wieder gegeben hätten, nach der die amtliche Untersuchung der gegen Scheidemann gespritzten Flüssigkeit ergeben haben soll, daß sie aus einer aufgelösten gasförmigen Blausäure bestand, deren Wirkung tödlich ist, wenn auch nur eine Spur davon eingeatmet wird. Ist diesen Glashäusern gar nicht bekannt, daß auch Sachverständige mitunter sehr verschiedener Meinung in solchen Dingen sind? Davon ganz abgesehen aber, haben wir uns seit der Revolution ein sehr gesundes und sehr begründetes Misstrauen gegen amtliche und halbamtliche Nachrichten angewöhnen müssen, nicht durch unsere Schuld und nicht zu unserer Freude. Wir erlauben uns nach wie vor, das Ergebnis dieser „amtlichen“ Untersuchung in höchstem Maße zweifelhaft zu finden. Wir schöpften und schöpfen diesen Zweifel schon aus der ganzen Schilderung des Vorganges...“

Paul Baeder deckte damit den Klittierspritzenartikel, obwohl inzwischen amtlich das Ergebnis der chemischen Untersuchung der gegen Scheidemann gespritzten Flüssigkeit veröffentlicht worden war, er billigte es, daß seinen Lesern das amtliche Resultat vorenthalten werde, um sie bei ihrer Auffassung eines Dummen-Jungen-Attentates mit einer Klittierspritze zu belehren. An einer anderen Stelle des Artikels heißt es:

„Jedenfalls sieht dieses Attentat nach allen Richtungen höchst verdächtig und sonderbar aus. Wir dürfen uns nicht einmal wundern, wenn es sich um ein regelrechtes Spiegeleinunternehmen gehandelt haben sollte... Ruh denn immer ärger und leichtfertiger geht es hin!“

Um nun ja keinen Zweifel darüber aufkommen zu lassen, daß er seinen Klittierspritzen-Schreiber deckt, schließt er mit folgenden Worten:

„Bürgerliche Freiheitshelden aber leisten dabei Trabantenarbeit. Bürgerliche Freiheitshelden weinen Axtodolstränen über Leute, die sich die Freiheit nehmen, nach altem lang gekochten Glashäusern zu werfen. Es ist wirklich eine Lust zu leben!“

Paul Baeder ist bei seinen Landtagsreden des öfteren an den Klittierspritzenartikel der „Deutschen Tageszeitung“ erinnert worden. Er hat es niemals für nötig befunden, auch nur ein Wort des Bedauerns darüber auszusprechen. Sein nur ein Wort des Bedauerns darüber auszusprechen. Seine jegliche Erklärung erfolgt also reichlich verspätet und wirkt nach all dem Vorhergegangenen keineswegs überzeugend; um so weniger, als er verjährt, seine eigenen Leser von dem unternehmen Schritt zu unterrichten.

Gemeinschaftsarbeit getragen. Der Unterricht erfolgt in freiem Gespräch ohne Reden und Namensaufruf, und das erfordert bei den Schülern strenge Selbsttätigkeit und Rücksichtnahme. Die gemeinsame Arbeit in der Klasse sowie im Schulgarten, in den einzelnen Arbeitsgemeinschaften außerhalb der Schule — das alles schafft Gelegenheit zu stützendem Handeln. In derselben Weise wirkt die Hohenheim- und Papparbeit der Knaben, das Nähen und Kochen der Mädchen. Die oberen Klassen verfertigen zu Weihnachten für die Kinder der unteren Klassen Spielzeug, Kleidungsstücke, Badmatten, so daß alle Kinder mit einem Geschenk bedacht werden konnten. Die Schüler entscheiden zu 90 Proz. Arbeiterfamilien. Durch Heranziehung der Eltern zu den gemeinsamen Arbeiten wurde auch die Elternarbeit zu tätiger Anteil gewonnen. Nach Einbruch der Franzosen erhielt der Kochunterricht auf Anregung der Kinder eine höhere erzieherische Bedeutung; die Mädchen der Oberklasse verschieben auf das selbstverarbeitete Essen zugunsten hungernder Kinder. Dann ging man dazu über, auch Alte zu speisen, so daß jetzt die Mädchen der Oberklasse täglich das Essen für 23 alte Mütter und Kranke bereiten und die Knaben es in die Familien tragen. Der Gemeinschaftsplan der Elternschaft ermöglichte die Unterbringung von 45 Kindern an Freizeitanlagen. Die Kinder verfügen schon jetzt über ein solches Maß von Selbstständigkeit, daß man einzelne obere Klassen trotz der sehr großen Schülerzahl isoliert allein arbeiten lassen kann.

Die **Nationalgemeinschaft der Deutschen Kunst** hat ihre drahtlose Arbeit aufgenommen. In Anlehnung an den Reichswirtschaftsverband bildender Künstler wurde eine Nationalbeschaffungsstelle errichtet und zunächst mit 250 Millionen ausgestattet, um Materialien aller Art billig einzukaufen. Die Verteilung wird durch die künstlerischen Verbände erfolgen.

Das **Deutsche Oberhand**. Die Generaldirektion teilt uns mit, daß mit dem bisher in Vertretung tätig gewesenen Ratendanken Kammerherrn Wilhelm Holtzoff nunmehr ein letzter Vertrag auf 3 Jahre als Generalintendant abgeschlossen worden ist.

Die **Schuldenzahl des Buchhändlerbörsevereins** ist auf 8000 festgesetzt worden.

Die **nationalen Widerheiten an den polnischen Universitäten**. Die Unterrichtsmission im polnischen Teil ist die Zahl der Studierenden auf polnischen Universitäten einschränken. Die Studierenden der nationalen Widerheiten sollen nur in einem prozentualen Verhältnis zur polnischen Bevölkerung aufgenommen werden. Juden, Deutsche, Ukrainer und Russen sind davon betroffen.

Ein **neuer Dampfer-Rekord**. Der Dampfer der Vereinigten Staaten „Deviation“, die frühere „Deutschland“ der Hamburg-Amerika-Linie, hat einen neuen Schnellheitsrekord für Passagierdampfer aufgestellt. Das Schiff erreichte auf einer Versuchsfahrt auf der Küste von Florida in einer Zeit von sechs Stunden die Schnellzeit von 28,04 Knoten. Den bisherigen Schnellheitsrekord hatte die „Mauretania“ gehabt, die auf lange Strecken eine Geschwindigkeit von 28,2 Knoten erlangte, aber niemals auf so lange Zeit, wie der „Deviation“.

Die **Annahme des Kredites**. Der englische Gesundheitsminister hat eine Entschliessung über die Berechtigung der Kreditbanken seit dem Jahre 1881 gemacht und insbesondere die Zahl der Todesfälle im Verhältnis zu der Gesamtsterbeziffer festgesetzt. Von 1881 bis 1891 betrug der Prozentsatz 6,6, von 1891—1900 8,5 Proz., von 1901—1910 10,9, und von 1911—1920 12,4 Proz.

## Die Reichsregierung beabsichtigt nichts...

Wie um die Welt in trüben Stunden zu erheitern, verbreitet Wolffs Bureau die folgende Meldung:

Der „Reichsbote“ Nr. 148 vom 29. Juni d. J. bringt die Nachricht, das Reich beabsichtige, für eine Reihe nichtstaatlicher öffentlicher Gebäude, wie kommunale Gebäude, Privatschulen, auf Staatskosten Reichsflaggen zu beschaffen, die am Verfassungstag geheißt werden sollen. Diese Meldung entbehrt jeder Grundlage.

Es scheint für die gegenwärtige Reichsregierung oder ihre publizistischen Helfer zu den schlimmsten Dingen zu gehören, daß man ihr zutraut, sie wolle schwarzrotgoldene Fahnen eventuell auch für Kommunalgebäude beschaffen. Diese Meinung ist so trübselig, daß ihr entgegen sofort M.T.B. in Bewegung gesetzt wird. Denn sie „entbehrt jeder Grundlage“. Andere Leute sind allerdings der Meinung, es gehöre zu den wichtigsten Aufgaben einer republikanischen Regierung, die neuen Farben der Republik überall zu verbreiten.

## Gewalt und kein Ende.

Eberfeld, 29. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Tagtäglich erlaubt sich die französische Besatzung neue Gewaltmaßnahmen. Die Verhaftungen sind derart umfangreich, daß es kaum noch möglich ist, sie einzeln aufzuführen. Auch die sinnlosen Schieberereien auf harmlose Passanten nehmen überhand. In Dortmund und Herne müssen die Straßenbahnen ihren Verkehr auf Anordnung der Franzosen auf den Stand vor der Besetzung bzw. den des Jahres 1922 durchzuführen. Unter diesen Umständen müssen ganze Linien eingestellt werden, die infolge der Eisenbahnverkehrseinstellung in Betrieb genommen worden waren. Der Zweck der französischen Maßnahmen ist, die deutschen Reisenden zu zwingen, von Franzosen befahrene Eisenbahnlinien zu benutzen.

In Krefeld beschlagnahmten die Belgier 22 Millionen Mark Erwerbslosengelder.

## Ein französischer Soldatenrat in Lünen?

Lünen, 29. Juni. (M.T.B.) Die Meldungen über Reutereien in der französischen Besatzungsarmee mehren sich. Aus Lünen wird gemeldet, daß sich dort am 23. Juni ein französischer Soldatenrat gebildet hätte. Die Mitglieder desselben wurden verhaftet und abtransportiert. (Wir geben diese Meldung unter Vorbehalt wieder. Daß die Unzufriedenheit unter den französischen Besatzungstruppen schon seit geraumer Zeit groß ist, daran ist nicht zu zweifeln, daß es aber irgendwo bereits zur Bildung eines „Soldatenrates“ gekommen sein könnte, ist sehr unwahrscheinlich. Red. d. „B.“)

In einer Wirtschaft in Huderade kam es am 24. Juni zu einer Schlägerei zwischen französischen und elssässischen Soldaten. Die Elssässer wurden verhaftet und nach Mainz abtransportiert.

## Protest gegen die Verhaftung des Genossen Wsch.

Hösch, 29. Juni. (M.T.B.) Gestern hielten beide städtische Körperschaften eine gemeinsame Sitzung wegen der Verhaftung des Bürgermeisters Bruno Wsch (Soz.) ab. Es wurde eine Protestkundgebung an den französischen Kreisdelegierten beschlossen. In einer besonderen Entschliessung des Magistrats an den Kreisdelegierten wird die unverzügliche Freilassung des Bürgermeisters gefordert und sichere Gewähr dafür geboten, daß der Bürgermeister sich jederzeit zur Verfügung des französischen Kriegsgerichts halten würde.

## Grüners Stellvertreter festgehalten.

Essen, 29. Juni. (M.T.B.) Der Stellvertreter der Regierungspräsident in Düsseldorf Oberregierungsrat Liemann, der gestern von den Franzosen festgenommen wurde, wird in der Bongardschule noch immer festgehalten. Ueber die Ursache seiner Verhaftung ist bislang nichts bekannt geworden.

## Französische „Begründung“.

Paris, 29. Juni. (G.E.) Die in der deutschen Presse erschienene Mitteilung, daß die Franzosen im besetzten Gebiet bis jetzt für 190 Milliarden Papiermark Beschlagnahme hätten, wird in einer amtlichen französischen Erklärung damit beantwortet, daß Deutschland in derselben Zeit keine Summen für den Unterhalt der Besatzungstruppen überwiesen habe.

## Ruhkredite im französischen Senat.

Eine Rede Poincarés.

Paris, 29. Juni. (G.E.) Der Senat beschloß sich in seiner heutigen Sitzung mit den Krediten für die Ruhrbesetzung. Der Reichsherrlicher Bevanger teilte mit, daß diese Kredite 307 Millionen Franken betragen, die noch nicht vollkommen vorausgegeben sind. Er stellte fest, daß die Regierung mit großer Sparfamkeit vorgegangen sei. Den Krediten standen ziemlich beträchtliche Einnahmen gegenüber. Die Kohlensteuer habe 920 000 Franken ergeben, die Zölle 4 Millionen Franken, die Ausfuhrerlösen 3 Millionen Franken, die Ausbeutung der Wälder 8 Millionen Franken, die Beschlagnahmen und Strafen 15 Millionen Franken usw. Der Transport von Kohle und Koks habe bedeutende Fortschritte gemacht.

Poincaré ergriff alsdann das Wort und erklärte in einigen kurzen Sätzen, warum die Kredite angefordert worden seien. Die Maßnahmen, so erklärte Poincaré, die wir getroffen haben, sind diejenigen, die wir gegen einen stummen Schuldner, der sich böswillig zeigt, ergreifen mußten. Poincaré erinnerte weiter an die Gründe, die die französische Regierung dazu bewegen habe, das Ruhrgebiet zu besetzen und schilberte die verschiedenen Abschnitte der Ruhrbesetzung. Warum haben wir, so fragt Poincaré, das Ruhrgebiet besetzt und nicht eine andere Gegend? Weil die Ruhr, wie Bonar Law richtig sagte, die Schlagader Deutschlands ist. Das Ruhrgebiet ist der Kassenstempel unseres Schuldners. Aus diesem Teil seines Gebietes zieht er seine großen Reichtümer. Die Okkupation war alles andere, als eine militärische Manifestation. Sie hatte nur den einen Zweck, das Angebot an Deutschland durchzuführen, mit Frankreich zusammenzuarbeiten, um die Kohlenlieferungen, die Deutschland uns schuldet, sicherzustellen. Die Industriellen Deutschlands haben dies verstanden und das französische Angebot angenommen, indem sie sich bereit erklärten, mit uns zusammenzuarbeiten. Aber die Regierung hat alsdann eingegriffen; sie gab Gegenbefehle und organisierte den Widerstand. Dieser passive Widerstand, so schloß Poincaré, der in der Wahrheit der aktivste Widerstand ist, den man sich denken kann, konnte nur durchgeführt werden auf Grund der Befehle und Verordnungen, die die Berliner Regierung gegeben hat.

## Tschechoslowakische Wahlvorbereitung.

Prag, 29. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In der Tschechoslowakei werden bald die Gemeindevahlen vorgenommen werden; daß auch die Regierung in den Gebieten der Minderheitsnationen ihre Vorbereitungen trifft, zeigen mehrere Geheimerräte der Gouvernmentverwaltung für Karpatenrußland, den fernen Osten des Staates, die der kommunistische Abg. Krabich im Abgeordnetenhaus vorlas. Danach sind in allen Gemeinden Vertrauensmänner aufzustellen und zu besolden, angesehenen Personen, die der Be-

horde berichten und die Bewohner beeinflussen. In dem einen dieser Erlasse heißt es:

Es ist besonders dafür zu sorgen, daß die staatsfreundlichen Personen in das Verzeichnis eingetragen werden und die staatsfeindlichen Elemente (Abjuren, fremde Zugehörige) gestrichen werden. In jedem Falle muß dafür gesorgt werden, daß das slowakische Element überall siegt. Gerade deshalb ist es nötig, Personen slowakischer Nationalität entgegenzunehmen und ihnen keine Beschwerden zu machen. Personen slowakischer Nationalität, aber magyarischer oder kommunistischer Gesinnung, sollen nicht als lokales Element betrachtet werden. In Gemeinden, wo eine verlässliche Person zur Ausübung der Funktionen des Vertrauensmannes nicht gefunden wurde, sollen diese Funktionen von der Gendarmerie übernommen werden. Das nötige Geld wird geliefert. Die Besoldungen müssen nicht gleich ausgezahlt werden.

Das Bekanntwerden dieser Geheimerräte beweist, daß die darin besonders betonte „Verlässlichkeit“ der Empfänger nicht lüftlich ist.

## Schutz für den „Jungsturm“.

Wir berichteten vor kurzem über das provozierende Auftreten des zum Teil bewaffneten Hakentruer-Jungsturms in Dramburg (Pommern), der bei einem Zusammenstoß mit Arbeitern von der Schutztruppe Gebrauch machte, einen Arbeiter tötete, einen schwer und drei weitere leicht verletzte. Die „Belgarder Zeitung“, die sich als amtliches Publikationsorgan bezeichnet, nimmt nicht nur die leichtfertigen Schützen, denen man schleunigst die Berechtigung zum Waffentragen entziehen sollte, in Schutz, sondern ermuntert auch den Jungsturm indirekt noch, seine gewalttätigen Methoden beizubehalten. Unglaublich aber ist es, wenn das Blatt den Landrat als einen der hauptsächlichsten Hindernisse und die Betrachtung mit den Worten schließt:

„Schwäche, Parteilichkeit, reißerischer Mangel an politischem Blick sind also die Eigenschaften dieses Regierungsbeamten, der danach prädestiniert scheint zu einer glänzenden Karriere in der preussischen Inneneverwaltung.“

Dies „amtliche Publikationsorgan“ hält also, wie alle wackelnden pommerschen Agrarier, nur dann einen Regierungsbeamten für geeignet, wenn er die deutschen nationale Jugend wahllos auf Arbeiter schießen läßt. Wie das ja früher in Pommern als Herrenrecht galt!

## Jugendwohlfahrt.

Der Bevölkerungspolitische Ausschuss des Preussischen Landtages beschloß sich gegenwärtig mit dem Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Reichsjugendwohlfahrtsgesetz. Durch die reichsgerichtliche Regelung ist die landesrechtliche Besetzung der Ausführungsbefugnisse in bestimmten Grenzen gehalten und muß sich in wesentlichen auf die verwaltungsorganisatorische Durchführung beschränken. Die Aufgaben der Jugendwohlfahrt fallen als Selbstverwaltungsangelegenheiten durchgeführt werden, es handelt sich jetzt um einheitliche Regelung der bereits durchgeführten und noch durchzuführenden Aufgaben. Der Regierungsvorleiter erklärte dementsprechend, daß mit der Gewährung finanzieller Zuschüsse keinerlei Verpflichtungen zur Erfüllung von bestimmten Anweisungen verbunden sind. Um bei den Zuschüssen etwaige Beschränkungen zu vermeiden, will ein Entschliessungsantrag des Genossen Dr. Wegl die Festsetzung eines Verteilungsschlüssels. Es soll für die Höhe der Zuschüsse etwa die Zahl der Volksschüler im Bereich eines Jugendamtes maßgebend sein. Da der Regierungsvorleiter die Verlegung von Unterlagen in Aussicht stellte, wird der sozialdemokratische Antrag zurückgestellt. Ein deutschnationaler Antrag, neben dem Landtag auch den Staatsrat zur Festsetzung der Verteilungsgrundlage heranzuziehen, wird gegen die Stimmen der sozialdemokratischen und kommunistischen Ausschussmitglieder angenommen.

## Was die Zeitungen kosten.

Nach den bisherigen Festlegungen werden für die zweimal täglich erscheinenden Berliner Blätter folgende Abonnementspreise für Juli erhoben werden:

Berliner Tageblatt	88 000 M.
Deutsche Allgemeine Zeitung	88 000 „
Berliner Börsen-Courier	88 000 „
Berliner Vörsen-Zeitung	88 000 „
Deutsche Zeitung	80 000 „
Polak-Anzeiger (vorläufig)	27 500 „
Deutsche Tageszeitung	27 000 „
Kreuz-Zeitung	27 000 „
Vorwärts (vorläufig)	22 000 „

Unsere Leser werden aus dieser Zusammenstellung, daß der „Vorwärts“ immer noch bemittelt ist, unter Ausnutzung aller Ersparnismöglichkeiten den Preis so niedrig wie möglich zu halten. Wir sind überzeugt, daß unsere Genossen ihren Platz in diesem gerade für das Zeitungswesen katastrophalen Zeiten mit verstärktem Eifer die Treue halten und ihm neue Leser zuführen werden.

Der bevorstehende Monatswechsel bietet die beste Gelegenheit, eine rege Werbetätigkeit zu entfalten. Gerade jetzt muß sich zeigen, daß unsere Genossen auf dem Posten sind und sich durch die ungünstigsten äußeren Einflüsse nicht in ihrer Treue zu ihrem Parteiblatt beirren lassen. Jeder muß seinen ganzen Stolz dorein setzen, mindestens einen neuen Leser zu bringen für den

## „Vorwärts“!

Nachstehender Bestellzettel ist auszufüllen und an die Hauptgeschäftsstelle des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, einzusenden. (In Orten außerhalb Groß-Berlins ist der „Vorwärts“ bei der Post zu bestellen.)

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der 14tägig erscheinenden illustrierten Beilage „Siedlung und Kleingarten“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus.

Name \_\_\_\_\_

Wohnung: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_ Straße Nr. \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_



# Gewerkschaftsbewegung

## Scharfe Zuspitzung in der Berliner Metallindustrie. Streik oder höheres Lohnangebot.

Wie wir bereits in Nr. 297 des „Vorwärts“ am Donnerstag berichteten, scheiterten die Verhandlungen zwischen dem Deutschen Metallarbeiterverband und dem Verbande Berliner Metallindustrieller am 25. Juni über die Lohnfestsetzung für die ablaufende Lohnwoche. Die Arbeitgeber hielten einen Spitzenlohn von 5500 M., der bei weitem überholt ist, für angemessen. Auch der Versuch am 27. Juni, vor dem Reichsarbeitsministerium zu einer Einigung zu kommen, scheiterte, während der Schiedspruch mit 6500 M. Spitzenlohn auch von der Verhandlungskommission den Funktionären des Verbandes nicht zur Annahme empfohlen werden konnte.

Gestern wurde nun in den Betrieben eine Urabstimmung vorgenommen. Diese Entscheidung der Metallarbeiterschaft führte zur Ablehnung des Schiedspruches. (Das ziffermäßige Ergebnis war bei Redaktionsschluss noch nicht festgestellt.)

Nach dem Vorausgegangenem war kein anderes Ergebnis zu erwarten. Die Berliner Arbeiter können nicht drei Stunden lang für ein Pfund Margarine arbeiten! Was nun?

Die Folge der Abstimmung ist, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen mit Beginn der kommenden Woche in den Streik eintreten. Nicht etwa aus Freude am Streik, sondern aus der zwingenden Notwendigkeit heraus, auf diesem Wege, nachdem alle friedlichen Wege nicht zum Ziel eines halbwegs ausreichenden Lohnes führten, dieses Ziel zu erreichen.

Noch ist es Zeit, allerhöchste Zeit freilich, den Streik zu vermeiden. Wir wissen nicht, was augenblicklich ein Streik für die Berliner Metallindustriellen bedeutet. Für Berlin würde dieser Niefenstreik, sobald er längere Zeit währt, ein Unglück sein. Noch ist es Zeit, es zu verhindern. Es kann nur dadurch geschehen, daß die Unternehmer sich zu einem Zugeständnis bereit erklären, das der Papiergeldentwertung besser gerecht wird. Denn mehr fordern die Berliner Metallarbeiter ja nicht. Sie können die Folgen des Marksturzes nicht resillos tragen und von Tag zu Tag ihre Löhne verschlechtern lassen.

Diese ganze Bewegung, die sich bei der gegenwärtigen Lage des Wirtschaftsmarktes jeden Augenblick zu wiederholen droht, nicht nur in der Berliner Metallindustrie, nicht nur in der Metallindustrie, bringt die Arbeiterschaft, die Unternehmer und so das gesamte Wirtschaftsleben in eine derart nervöse Spannung, in eine solche Unsicherheit, daß es höchste Zeit ist, nicht nur dem diesmal drohenden Streik wieder einmal vorzubeugen. Die Dinge zwingen, dieser ganzen lässigen Lohnmishandlung mit dem entwerteten Papiergeld ein Ende zu machen, so rasch wie möglich zu dem System wertbeständiger Löhne überzugehen.

### Der Streik im Berliner Holzgewerbe.

Nach fünfzigem Streik versammelten sich gestern die streikenden Berliner Holzarbeiter im „Berliner Prater“, Kastanienallee, 8500 Streikende nahmen den Bericht der Verwaltung über den Stand der Bewegung entgegen. Der Berichtsteller Böse erörterte den Verlauf der Verhandlungen sowohl wie das Ergebnis derselben. 80 Proz. Lohnzulage sollten für die Zeit vom 16. bis zum 23. Juni und 80 Proz. bis Ende des Monats Juni als Ausgleich für die Leuerung genug sein, um die durch die Leuerung herbeigeführte Not der Arbeiterschaft zu lindern. Erneute Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband kamen zustande, nachdem die Funktionäre des Holzarbeiterverbandes das Angebot der Arbeitgeber abgelehnt hatten, mit dem Ergebnis einer weiteren Zulage von 5 Proz. Dies betrachteten die Funktionäre der Holzindustrie als eine Propaganda und beschlossen, die Arbeit nur fortzusetzen, wenn die Arbeitgeber eine Lohnzulage von 100 Prozent in der Zeit vom 17. bis 23. Juni und 125 Proz. für den Rest des Monats zugestehen. Die Ablehnung der Forderungen würde den Streik auf der ganzen Linie bedeuten und dürfen Arbeitnehmer der Industrie ihr Arbeitsverhältnis nur in den Betrieben fortsetzen, wo die Forderungen anerkannt sind.

Am gleichen Tage ist eine neue Verhandlung zwischen den Parteien zustande gekommen mit dem Ergebnis, daß die Arbeitgeber ihr ursprüngliches Angebot für die erste Lohnwoche auf 75 Proz. und für die zweite auf 100 Proz. erhöhten, jedoch mit der Maßgabe, daß für die erste Juliwoche gleichfalls eine Vereinbarung getroffen wird, und erhöhten ihr Angebot für die erste Woche im Juli auf 135 Proz.

In eingehender Diskussion beschäftigten sich die Diskussionsredner mit dem Angebot und sprachen ausschließlich für die restlose Ablehnung des neuen Angebots. Stillelegung sämtlicher Betriebe könne nur zum restlosen Erfolg führen, war die Meinung der Sprecher. Das Ergebnis der Aussprache ist die Annahme eines Beschlusses dahingehend, der neugewählten Streikleitung in Verbindung mit der Verwaltung den Aufruf zu erteilen, im Sinne der aufgestellten Forderungen zu wirken und ein der Zeit entsprechendes Lohnabkommen zum Abschluss zu bringen.

Ueber die Wiederaufnahme der Arbeit in den Betrieben, welche die Forderungen anerkennen, entscheidet die Streikleitung nach Maßgabe der Situation im Betriebe.

Streikende Holzarbeiter! Die Vertrauensmänner sämtlicher streikenden Betriebe haben heute sofort die gelben Kontrollkarten zwecks einer neuen Streikversammlung vom Bureau des Holzarbeiterverbandes abzuholen. Die Streikleitung.

### Schiedspruch für das Hoch-, Beton- und Tiefbaugetriebe.

Vom Baugewerksbund wird uns berichtet: Am Donnerstag tagte die Tariff Kommission, wobei die Arbeitgeber erklärten, daß durch die hohen Forderungen der Arbeitnehmer eine Vertiefung in der Tariff Kommission nicht möglich wäre und das Bezirkslohnamt darüber entscheiden müsse. Die Arbeitnehmerorganisationen hatten auch bei dieser Gelegenheit die Frage der Wertbeständigkeit der Löhne in die Debatte geworfen. Gestern tagte das Bezirkslohnamt und fällt folgenden Schiedspruch:

Die Löhne der gelernten Berufe betragen vom 28. Juni bis 4. Juli einschließlich 9500 M. die Stunde; die Löhne der anderen Berufe bewegen sich in der bisher üblichen Spanne.

Ueber diesen Schiedspruch findet morgen Sonntag in der Zeit von 10 bis 12 Uhr in den bekannten Abstimmungslokalen die Urabstimmung statt. Wir bitten unsere Mitglieder sich zahlreich daran zu beteiligen. Am Montag können die Lohnsätze von den Funktionären im Verbandsbureau in Empfang genommen werden. Der Vorstand.

## Unsere werten Inferenten

machen wir darauf aufmerksam, daß die jeweiligen Anzeigenpreise regelmäßig am Kopf des „Vorwärts“ angezeigt sind / Besondere Benachrichtigung bei Preisänderungen erfolgt nicht

VORWÄRTS-VERLAG G. m. b. H.

### Gewerkschaftsbeamte im Schlichtungsverfahren.

Aus einem neueren Erlaß des Ministers für Handel und Gewerbe teilt der Amtliche Preisdienst mit:

Es ist ein dringendes staatliches Interesse, in Tarifstreitigkeiten die Organisationsangehörigen der Organisationen, um deren Tarifvertrag es sich handelt, wie auch vor allem deren Gewerkschaftsangehörige nicht vom Schlichtungsausschuss auszuschließen und namentlich nicht etwa die unständigen Beisitzer, die dem am Streit beteiligten Berufsstreife zu entnehmen sind, aus den Kreisen der unorganisierten Arbeitnehmer zu entnehmen. Diese Auffassung würde geradezu gewerkschaftsfeindlich wirken und die Gewerkschaftsangehörigen, deren Tätigkeit im Staatsinteresse in jeder Weise gefördert werden muß, zugunsten organisationsfeindlicher, unbilligster und dem Wirtschaftsrieden oft gefährdender Elemente zurückzuführen oder aber dazu führen, daß die unständigen Beisitzer nicht die notwendige Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse des Streitfalls besitzen.

„Die Tätigkeit des Schlichtungsausschusses ist“, so wird weiter in dem Erlaß des Ministers ausgeführt, „nicht mit der Tätigkeit des Richters zu vergleichen, sondern stellt nur die vom Staat geförderte Fortsetzung der Parteiverhandlungen dar, für die es geradezu förderlich ist, wenn bei Tarifstreitigkeiten neben anderen Personen auch Mitglieder der Interessentengruppen im Schlichtungsausschuss mitsprechen. — Diese Ausführungen gelten sinngemäß auch für die Arbeitgeberseite.“

### Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter.

In der Versammlung der Vertrauenspersonen und Betriebsräte der Etuis-, Kartonnagen- und Wellpappindustrie am Donnerstag, den 28. d. M. in Boekers Festhölle, gab der Kollege Priemer den Bericht der zentralen Verhandlungen für diese drei Gruppen.

Für die Wellpappindustrie ist es nach eintägiger Verhandlung zu einem Abschluß gekommen. Für die Zeit vom 21. Juni bis 4. Juli wurde eine Zulage von 75 Proz. gewährt. Bei den Verhandlungen für die Kartonnagenindustrie, in Weimar hielten die Unternehmer nach mehrtägiger Verhandlung eine Zulage von 40 Proz. Dieses Angebot wurde von Arbeitnehmerseite abgelehnt. Nach Verhandlungen am 27. Juni vor dem Schiedsgericht im Reichsarbeitsministerium wurde, nach einem fruchtlosen Versuch die in Berlin bestehende 48stündige Arbeitszeit auf 48 Stunden zu erhöhen, ein Schiedspruch gefällt. Für die Woche vom 22. bis 28. Juni wird ein Zuschlag von 50 Proz. gewährt. Für die Woche vom 29. Juni bis 5. Juli wurden Löhne festgelegt in Höhe von 7900 M. für männliche Facharbeiter und 8295 M. für Spezialarbeiter, für Arbeiterinnen für die gleiche Periode ein Lohn von 4890 M. und für Spezialarbeiterinnen 5175 M. Stundenlohn.

Die Versammlung beschloß nach scharfer Kritik der Methode der Unternehmer, die Verhandlungen zu verschleppen und die Arbeiter nicht das Notwendigste zu gewähren, was zum Leben gebraucht wird, einstimmig, daß mit allen Mitteln die 46-Stunden-Woche zu halten ist. Dem Tarifausschuss des Verbandes wird die Pflicht auferlegt, sich auch bei den kommenden Verhandlungen mit aller Schärfe gegen eine Verlängerung der Arbeitszeit zu wenden.

Die neu abgeschlossenen Tarife sind im Ortsbureau, Engelauer 24 II erhältlich, jedoch nur gegen Legitimation der Vertrauensperson des Betriebes.

### Die Saarbergleute gegen Le Troquer.

Man schreibt uns aus Saarbrücken: Nach Pressemeldungen aus Paris hat der französische Arbeitsminister Le Troquer in der französischen Kammer über den Streit

im Saargebiet, jedenfalls infolge nicht genauer Berichterstattung seitens der Bergwerksdirektion, die Behauptung aufgestellt, daß vor Ausbruch des Streiks schon ein Vertrag zustande gekommen sei. Die Organisationen stellen gegenüber dieser Behauptung, wie sie es während und nach dem Streik wiederholt getan haben, wiederum ausdrücklich fest, daß ein Vertrag vor Ausbruch des Streiks nicht zustande gekommen war. Die Organisationen beabsichtigen nun, die französische Regierung durch eine Delegation über die ganze Angelegenheit genau zu informieren. Sollte der Delegation hierzu keine Gelegenheit gegeben werden, so würden die beteiligten Verbände eine eingehende Darstellung über Maßnahmen, schlechte Behandlung der Saarbergleute, geringe Entlohnung und die sonstigen Mißstände den einzelnen Deputierten zustellen.

### Neue Löhne in der Schuhindustrie.

Am Donnerstag fanden zwischen den Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber der Schuhindustrie in Berlin Lohnverhandlungen für das ganze Reichsgebiet statt. Nach langen schwierigen Verhandlungen kamen folgende Vereinbarungen zustande. Für die letzte Juni-Lohnwoche erfolgt eine Nachzahlung von 2720 M. für jede geleistete Arbeitsstunde der männlichen Arbeiter über 21 Jahre, im übrigen gestaffelt nach Orts-, Alters- und Geschlechtsklassen. In Betrieben, in welchen infolge Kurzarbeit weniger als 24 Stunden gearbeitet wird, werden mindestens vier- und zwanzig Stunden vergütet.

Ab 2. Juli beträgt der Mindestlohn für einen männlichen Arbeiter über 21 Jahre der Ortsklasse I 10 000 M. pro Stunde, im übrigen gestaffelt nach Orts-, Alters- und Geschlechtsklassen.

Neue Lohnverhandlungen sollen am 11. Juli in Frankfurt a. M. stattfinden, in welchen die Löhne für die zweite und dritte Juliwoche festgelegt werden.

### Metallarbeiterlöhne im Kunstgewerbe.

Die Tariflöhne betragen vom 21. 6.—27. 6. 28. 6.—4. 7.

Für Facharbeiter . . . . .	7200.—	9000.—
Ungelernte über 21 Jahre . . . . .	6600.—	8000.—
Ungelernte von 18—21 Jahren . . . . .	4400.—	5200.—
Frauen . . . . .	4400.—	5200.—

Jugendliche nach den Sätzen des BSWZ.

### Lohnabschluss in der Verbandstoffbranche.

Die vom Deutschen Verkehrsbund geführte Lohnverhandlung in der Verbandstoffbranche konnte durch einen Vergleich vor dem Demobilisierungskommissar beendet werden. Die Arbeitgeber erklärten sich bereit, für die beiden letzten Lohnwochen des Monats Juni eine 108prozentige Lohnaufbesserung zu gewähren. Die Versammlung stimmte diesem Ergebnis zu. Tarife sind beim Deutschen Verkehrsbund, Engelauer 24/25, Zimmer 26, gegen Ausweis der Mitgliedschaft zu haben.

Der Deutsche Bauwerksbund, Bauwerksbund Berlin, Fachgruppe der Puffer, weist erneut darauf hin, daß die Sperre über den Bau Ballenstedter Straße 14—16 wegen Nichtanerkennung der tariflichen Bestimmungen nach wie vor für organisierte Kollegen weiter besteht. Die Fachgruppenleitung.

Branchen der Geschäfts- und Industrieführer. Der Schiedspruch des Schlichtungsausschusses vom 18. Juni d. Js., welcher die Löhne der Angestellten in Geschäfts- und Industrieführern für die zweite Hälfte des Monats Juni regelt, ist vom Demobilisierungskommissar für verbindlich erklärt. Auskünfte werden erteilt in den Büros des Deutschen Verkehrsbundes, Engelauer 24/25 und Bayreuther Straße 31.

Die Arbeitslosigkeit in der Tschechoslowakei hat mindestens 300 000 Arbeiter erfaßt. Die Kohlenförderung hat sich wesentlich verschlechtert. Die vorübergehende Nachfrage infolge der Ruhrbelegung ist geschwunden. Nach der Darstellung des Geschäftsführers der tschechoslowakischen Industrie sei eine Ermäßigung der Eisenbahntarife und die Verbilligung der Kohlen notwendig, deren Erzeugungskosten wesentlich herabgesetzt werden müssen. Das heißt ins Deutsche übertragen — die Industriellen in der Tschechoslowakei wie überall, wollen die Arbeitslosigkeit zu stärkerem Lohndruck ausnützen.

Die Pariser Buchdrucker haben den Kampf gegen die faschistische „Action Française“ mit dem Erfolg aufgenommen, daß dieses Schmutzblatt seit mehreren Tagen nicht mehr erscheint. Es wurde zuletzt in einer kleinen Quantität von Gelben notdürftig hergestellt. Die Organisation der Buchdrucker setzte es durch, daß die Gelben entlassen wurden. Die „Action Française“ hatte die Zerstörung von Druckereien der Linkspresse durch ihre Anhänger ausdrücklich gutgeheißen. — Wir hoffen, daß die Schurkerei, die gegen unser Parteiorgan in München i. B. verübt wurden, die einzigen in Deutschland bleiben und damit Gegenmaßnahmen wie in Frankreich sich als überflüssig erweisen.

Die Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre im Verwaltungsbezirk Spandau werden hierdurch zu einer Versammlung am Montag, den 2. Juli, abends 7½ Uhr, im Vereinshaus „Palmer“, Ritterstraße, eingeladen. Tagesordnung: Die Beschlüsse der Beschlüsse von Groß-Berlin, Referent Stadtrat Dr. Jander. Da diese Angelegenheit eine Lebensfrage der Arbeiter-Spandau ist, ist das Erscheinen aller Funktionäre unbedingt nötig. Bezirkskommission Spandau der Gewerkschaftskommission Berlin.

Verantwortlich für Inhalt und Druck: Viktor Schiff, Berlin; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner, Berlin; Heilkeim: A. G. Böcher, Berlin-Wilmersdorf; Redaktions- und Sonstiges: Fritz Karstädt, Berlin-Wilmersdorf; Anzeigen: E. Hoff, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, Stern 1 Verlag.

# Zur Aufklärung und Abwehr!

Um den immer wieder, in letzter Zeit besonders stark auftauchenden Gerüchten entgegenzutreten, erklären wir nochmals, daß unsere Firma

ein rein deutsches Unternehmen

mit deutschen Inhabern

deutschen Beamten

deutschen Arbeitern

und rein deutschem Kapital ist.

Unsere Weinbrände verdanken ihre ausgedehnte Verbreitung der hervorragenden Qualität.

Dujardin & Co. G. m. b. H., vorm. Gebr. Melcher

gegründet 1810

Uerdingen a. Rh.



# Sonntägliche Wanderziele.

## Niederfinow—Chorin.

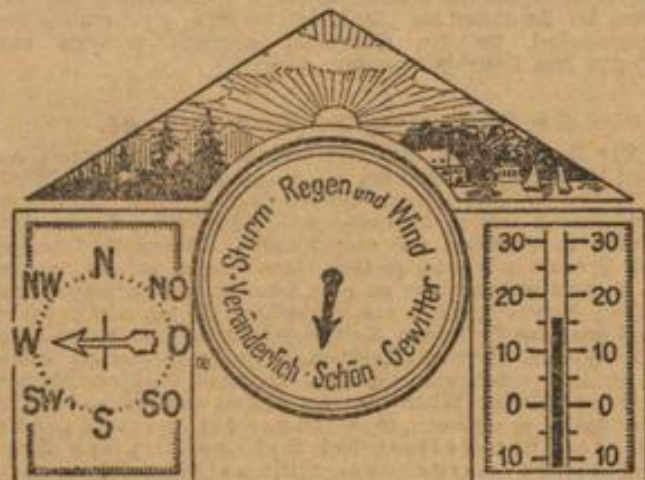
Das Oberbruch und die Buchenwälder der Uckermark bei Chorin sind Gebiete, die sich durch außerordentliche Schönheit auszeichnen. Sie gehören zu den glänzendsten Verten der Mark Brandenburg. Die Freiwälder Jüge bringen uns vom Stettiner Fernbahnhof über Eberswalde nach Niederfinow. Die Sonntagsruffahrtarte berechtigt zur Hinfahrt schon von Sonnabend mittag 12 Uhr an. Von Eberswalde an zieht sich die Bahn auf der Sohle des Tales, dicht unterhalb der steil aufsteigenden Höhen hin. Bei Niederfinow treten beide Talränder, der nördliche und der südliche, ziemlich nahe aneinander. Die Wasser des einst hier vorüberziehenden Urstroms mühten sich ihren Weg durch eine enge Pforte bahnen. Derselbe dieser Pforte treten die Talränder weit auseinander; wir bilden in eine weite Niederung, das Oberbruch. Vom Bahnhof wenden wir uns nördlich über die Bahn nach Niederfinow, das am Hang des Nordufers liegt, unmittelbar am Finowkanal, der in diesem Teil des alten Thron-Eberswalder Urstromtales sein Bett hat. Auf der Chaussee wandern wir weiter. Die Ebene des Oberbruchs zur Seite; ganz in der Ferne taucht Freienwalde auf. Wir kommen zum Großschiffahrtsweg Berlin—Stettin, der hier die Oder erreicht. Der Höhenunterschied des Wasserspiegels der Oder und der Havel, die der Kanal miteinander verbindet, beträgt etwa 36 Meter. Eine gewaltige Schleusenanlage ist an dieser Stelle errichtet worden, in der die Schiffe durch vier Kammerstufen von je 67 Meter Länge und 10 Meter Breite den Höhenunterschied überwinden. Das Durchschleusen währt 1½ Stunden. Bald haben wir Piepe erreicht, ein langgestrecktes Schifferdorf an der Einmündung des Finowkanals in die Alte Oder. Kurz hinter der Kirche wenden wir uns links ab auf dem Wege nach Brodowin. Durch eine Schlucht steigt er auf die Höhe. Wir befinden uns in dem Gebiet des Pieper Bogens der südöstlichen Endmoräne. Die Endmoräne ist hier als Blockwall ausgebildet, der sich längs des Talrandes hinzieht. Vor Reichtum an größeren Blöden und kleineren Steinen ist so groß, daß schon seit Jahrzehnten ein regelrechter Steinbruchbetrieb hier umgeht. An der Weggabelung halten wir uns links. In der Nähe des rechts abwärts liegenden Krugjees vorüber gelangen wir zum Forsthaus Piepe. Der Name Piepe hängt mit dem slawischen lipa = Linde zusammen; sicherlich ist dieser Baum in früheren Zeiten hier waldbildend gewesen. Vom Forsthaus wandern wir westlich auf dem mit blauen Flecken versehenen Wege weiter. Die Schönheit des Waldes offenbart sich hier bei jedem Schritt. Nach etwa ¼ Stunde führt rechts der Weg zum Naturschutzgebiet Plagewenn ab. Wir bleiben weiter auf dem blauen Wege, der uns bis zum Kloster Chorin bringt. Kurz bevor wir die hier vorüberführende Chaussee erreichen, überschreiten wir den Choriner Endmoränenbogen. Die Ruine des Klosters Chorin, das 1273 von Zisterzienser Mönchen angelegt wurde; ist die schönste in ganz Norddeutschland. Am Ufer des stillen Amissees wandern wir zum Reitelgraben, der das Gebiet im Norden, vor allem den Barsteiner See, zum Urstromtal entwässert. In waldiger Schlucht schäumt das Wasser zu Tal. Wir folgen dem munteren Gesellen, bis eine Brücke sich über ihn spannt. Hier verlassen wir den Bach und schreiten auf dem Wege nach rechts weiter, dem freundlichen Dorf Chorin zu, durch das uns der Weg zum Bahnhof führt. Wir treten nun die Heimfahrt an; unsere Karte gilt auch von hier. (Weglänge 19 Kilometer.)

## Durch den Krämer.

Ein ausgedehntes Waldgebiet, das vorwiegend aus Eichen besteht, ist der Krämer im Nordwesten Berlins. Er erstreckt sich nördlich des Havelbuchs zwischen Krennen und Nauen. Vom Stettiner Fernbahnhof fahren wir über Tegel nach Hennigsdorf. Das früher recht abgelegene Haveldorf hat sich durch die im letzten Jahrzehnt hier errichteten umfangreichen Fabrikanlagen der UAG in seinem Ansehen gewaltig verändert. Wir wandern vom Bahnhof südwestlich, überschreiten die Bahn und sind bald in der Forst Falkenhagen. Beim Forsthaus Blockbrück gehen wir über den Graben, der das Wiesengelände im Norden zur Havel entwässert. Wir wandern über die von Spandau kommende Kleinbahn und haben bald das Ende des Waldes erreicht. Am Rande von Kefern und Eichen führt der Weg zu einer Chaussee, der wir rechts nach Böhlow folgen. Das Dorf liegt auf dem Südrand des Glin, einer inselartigen Erhebung, die im Norden vom Rhinluch, einem

Teil des Eberswalder Urstromtales, im Süden vom Haveländischen Luch, das im Berliner Urstromtal liegt, und im Osten vom Tal der Havel begrenzt wird, während sie im Westen in den Bessin übergeht, der sich halbinselartig in die weiten Luchgebiete der vereinigten Urstromtäler vorstößt. Die Drißschaften befinden sich vorwiegend an den Rändern des Glin, die aus fruchtbarem Lehmboden bestehen. Hier auf ist auch der Name dieses Gebiets zurückzuführen, der aus dem Wendischen stammt und Lehm oder Ton bedeutet. Die Tonablagerungen werden in dem nahebei gelegenen Bellen abgebaut und zur Herstellung von Ofentafeln und Töpferwaren benutzt. Die Mitte des Glin ist durch starke Fluglandabwägungen zu einer schönen Dünenlandschaft geworden, die den Krämer trägt. Auf der Wandorfer Chaussee verlassen wir Böhlow. Nach ¼ Stunde zweigt nach rechts ein Weg ab, auf dem wir bald den Wald erreichen. Auf der alten „Hamburger Poststraße“ kommen wir zum Ziegenkrug, der bereits im Krämer liegt. Kurz vorher sehen wir rechts vom Wege einen Obelisk, einen alten Meilenstein, wie sie an den früheren Poststraßen jetzt noch regelmäßig in bestimmten Entfernungen anzutreffen sind. Einmal und still liegt der freundliche Gasthof inmitten des weiten Waldes. Der weitläufige Vorbau, unter dem die Postkutschen halt zu machen pflegten, zeugt noch von dem beschaulichen Reizen früherer Zeiten. Kurz hinter dem Ziegenkrug wandern wir von der Poststraße rechts ab. In nördlicher Richtung führt der Weg durch das von Dünen besetzte Gelände. Trotz der Dünen ist es der Eiche hier doch gelungen, größere Flächen zu

## Wetteraussichten für Sonntag.



Zu Beginn der Woche bräutete sich ein seit mehreren Tagen zwischen Irland, Biscayaischem Meer und Westfrankreich gelegenes Hochdruckgebiet ostwärts bis Mitteleuropa aus. Im größten Teile Deutschlands trat daher am Sonntag trockenes, ziemlich heiteres Wetter ein und wurde nachmittags in den meisten Orten das Binnenlandes 20 Grad Celsius überschritten. Bald darauf nahm, da das Hoch von einem vom Europäischen Nordmeer nach der skandinavischen Halbinsel gelangten, außerordentlich starken Tiefdruckgebiet nach Nordwesten zurückgetrieben wurde, die Bewölkung von neuem zu. In der Nacht zu Montag fanden in der ganzen nördlichen Hälfte Deutschlands ziemlich ergiebige Regenfälle statt, die sich allmählich auch weiter nach Süden ausdehnten und überall lange anhielten. Dabei wühlten heftige West- und Nordwinde und führten abermals eine beträchtliche Abkühlung herbei. Seit Dienstag klärte sich der Himmel bisweilen wieder auf. Dazwischen kamen aber noch ziemlich zahlreiche Regenschauer vor und die Temperaturen blieben an vielen Orten selbst in den Mittagsstunden unter 15 Grad Celsius. Jetzt hat sich der größte Teil des Tiefdruckgebietes von der skandinavischen Halbinsel nach dem Eismeer entfernt, doch sind in Süd- und Mittel-schweden zwei kleine Teilstaße zurückgeblieben, während das im Westen von Irland gelegene Hoch beinahe ganz Mitteleuropa in seinen Bereich aufgenommen hat. Bei mäßigen westlichen Winden haben wir daher für Sonnabend und Sonntag wärmeres Wetter zu erwarten. Vorübergehend dürfte sich der Himmel wieder stärker bewölken, doch sind erhebliche Niederschläge nicht wahrscheinlich.

befiedeln. Sobald die Wurzeln den Dünenland durchdrungen haben, gelangen sie in den nährstoffreichen Lehmboden des Untergrundes, wodurch es dem Baum möglich wird, sich zu erkalten. Im Forsthaus Oberkrämer wandern wir vorüber und haben bald den Waldrand bei Neu-Belesang erreicht. Der Weg führt rechts am Waldrand hin zum Roten Pfuhl, einem kleinen See. Der Name weist darauf hin, daß hier in früheren Zeiten Flachs „gerötet“ wurde. Obwohl heute in dieser Gegend kein Flachs mehr angebaut wird, können wir aus solchen Flurnamen schließen, daß dies früher der Fall gewesen sein muß. In östlicher Richtung führt die Landstraße nach Elchstädt. Wir wandern zum Südrande des Dorfes und kommen am Gut Hochfläche des Glin nach Beiten. Von hier Rückfahrt nach Berlin. (Weglänge etwa 25 Kilometer.)

## Königswusterhausen.

Die landschaftlich reizvolle Umgegend von Königswusterhausen, Wald und Wasser, hat von jeher viele Ausflügler angezogen. Nur wenige dürften wissen, daß das Jagdschloß Königswusterhausen der Ort war, an dem der deutsche Kaiser Friedrich Wilhelm, der Vater Friedrichs des Großen, die Sitzungen des Tabakkollegiums abhielt. Der Ort bestand ursprünglich aus zwei Gemeinden: Wendisch- und Deutsch-Wusterhausen, bis er dann, als Majestät sich hier ein Jagdschloß zu erbauen beliebte, Königswusterhausen genannt wurde. Von dem Jagdschloß sind heute nur noch die Gebäude übrig, die einst als Ställe und Wohnung für die Hofgesellschaft dienten. Der eigenartige Turm mit dem Holzhelm, in der Mitte des jetzigen Wirtschaftshofs, war der Treppenturm des eigentlichen Schlosses. Dieses war ein roher und ungezierter Bau. Der Eingang wurde nicht nur von Schildwachen flankiert, sondern auch von zwei weißen und zwei schwarzen Adlern. Außerdem waren an den Pfosten des Eingangs zwei schwarze Bären angebunden.

Bei den Sitzungen des Tabakkollegiums ging es müßig und roh her. Der König und seine erlauchten Gäste liebten es, sich auf Kosten der Untertanen zu amüsieren. Der König hatte einen gewissen Gündling aufgestöbert und ihn wie einen Hausnarr herausgeholt: Scharlachroter Rock, goldene Knopflöcher, strohgelbe Beinleiber, roteidene Strümpfe und eine gemaltige Perücke aus Ziegenhaar. Dieser Kermesse, ein mittelloser Student, mußte die unglaublichsten Robeiten der Tafelrunde ertragen. Man mauerte ihm die Tür zu seinem Zimmer zu oder legte ihm junge Bären ins Bett oder holte ihn, wenn der gequälte Mensch sich angsterfüllt in seinem Zimmer verkrochen hatte mit Gewalt heraus, indem man seine Perücke in Brand setzte. In einer Winternacht ergriff man gar den Betrunkengemachten, warf ihn erst in das schmutzige Wasser des Schloßgrabens und dann den Bären vor, die ihn arg zerbißten. Später holte sich der König zu seinem Amüsement noch einen gewissen Fajmann. Dieser wurde bei den Sitzungen des Tabakkollegiums gegen Gündling gesetzt, bis sich zwischen beiden zu ungeheurer Heiterkeit des hohen Gefubels eine allgemeine Schlägerei entwickelte.

Ein edler Sport edler Herren! Indessen dem Verdienste seine Krone. Das wurde ja bekanntlich im königlichen Preußen immer so gehalten. Zur Belohnung dafür, daß Gündling so brav zum Ergötzen des Königs und seiner Gäste beigetragen hatte, ernannte ihn Friedrich Wilhelm später zum Kammerherrn und verlieh ihm den erblichen Adel!

An unsere gelegentlichen Mitarbeiter. Fortgesetzt gehen uns Schilderungen und Berichte zu über Vorfälle der verschiedensten Art, die den Untertanen und die Entfaltung des betreffenden Einzelnen ereigt haben und deren Veröffentlichung er im allgemeinen Interesse wünscht. Fast ausnahmslos sind die gemachten Beobachtungen richtig, aber nicht selten ergibt sich bei eingehender Nachprüfung, daß der Betreffende wenig oder gar nichts über die Voraussetzungen des Falles weiß, d. h. über das, was sich vorher abspielt hat und was den betreffenden Vorfalle erst aufgelöst hat. Deshalb ist es dringend notwendig, daß alle Einsender sich über das Vorausgegangene genauestens unterrichten und nach Möglichkeit einen einwandfreien Zeugen oder Gewährsmann namhaft machen. Zugehörigkeit zur Partei, Gewerkschaft oder anderer Organisation ist nachzuweisen. Die Redaktion veröffentlicht alle ihre geeignet erachtenden Fälle, ohne daß der Betreffende genannt wird. Aber sie erwartet auch, daß die geschilderten

## Als die Wasser fielen.

Von Otto Rung.

Er spürte von neuem, wie sinnlos seine Zeit verschwendet hatte, sie hatte gebaut wie Titanen und gleich darauf gesprengt, hatte Länder bebauet, um sie gleich wieder zur Asche zu lassen — Zuwachs und Reizeleien in ewig irrationellem Wechsel. Und selbst in diesem neutralen Winkel des Friedens hatten blinde Zyklopen im Schutze der gewaltigen Woge geraubt, hatten verunftlos die goldenen Werte verschwendet, daß die Sturmflut sich hoch über ihre Inseln wälzte und sich in wildem Haffard des Unwetters schwindig schaukelte.

Und nun, da die mächtige Flutzeit vorbei war, als die Wasser fielen und nach die ertrunkene Erde zeigten, starrten die Bereiteten verloren in die unsichere Friedensverheißung eines Regenbogens oder klammerten sich an ihr Wrad und spühlten aus nach dem Kommen neuer Hochkonjunkturen, nach neuen Möglichkeiten aus der gewaltigen Strandräuberzeit, da der Sturm über die Welt segte.

Waren sie kleinere Toren als jene alte Zählerin in der Münze — diese Großen der Industrie und der Banken, die blind aus der verfallenden Quelle schöpften, diese wilden Disponenten, die Millionentraktate auf die Rückseite einer Weinkarte schrieben, ehe sie stürzten — oder ein Typ wie Andreas Pauli, der noch in seiner gigantischen Insolvenz das Gebaren des reichen Mannes zeigte und nur von der Mitschuld anderer an der Misere und von dem Schreden von seinen unermesslichen Schulden getragen wurde? —

Er ging zur Ruhe, konnte aber nicht schlafen. Tief unten im Schiffsraum polterte es dumpf. Doch zum ersten Male fühlte er, daß er nicht allein an Bord war, daß nicht weit von ihm eine andere Brust in derselben Unruhe wie die seine atmete. Und es kam ihm vor, als würde dies schwimmende Haus schwer von demselben, langsam wiegenden Rhythmus bewegt.

Zwei Tage später rief sie ihn von ihrem Deck aus. Sie war in ihrem weißen Kittel, trug aber zugleich einen breiten grauen Filzhut. Offensichtlich in strahlender Laune lachte sie zu ihm herab. Es war ein blendend weißer Frühlingstag, und alle Dinge an Bord erschienen scharf und dünn wie aus Karton geschnitten. Die See war blau, von der frischen Brise geträufelt, die Luft schmeckte salzig.

Sie rief, daß er nach achtern kommen solle, da sie ihm etwas zeigen wolle.

Als er kam, ging sie ihm entgegen und begrüßte ihn lachend: „Heute bin ich froh, mir ist etwas Unerwartetes geschehen, sehen Sie!“

Sie zeigte ihm drei große Kästen, die an Deck standen. Sie waren mit Erde gefüllt.

Er lächelte. „Ja,“ sagte er, „ich sehe Erde!“

„Blumenerde!“ berichtigte sie, „gute schwarze Blumen: erde. Und sehen Sie nur hier: es sprießt in der Erde. Das werden Blumen.“

Er lachte: „Na, und was meinen Sie, werden das einmal für Blumen?“

Sie schüttelte den Kopf: „Das weiß ich noch nicht. Aber das vergrößert nur die Ueberraschung! Mindestens dreißig Zwiebeln müssen in jeden Kasten gelegt sein. Ich bekomme einen Garten an Bord!“

„Aber finden Sie nicht,“ fragte er, „daß die Kästen eigentlich grün gestrichen sein müßten? Was meinen Sie dazu?“

Sie blinnte ein wenig erstaunt auf: „Weshalb? Die Kästen sind gut, wie sie sind!“ Sie fügte hinzu: „Finden Sie es nicht hübsch von Herrn Ruffast, daß er mir selbst jetzt, wo er verreist ist, Blumen schickt?“

„Der Geist der Lampe!“ sagte Gude.

„Ja,“ nickte sie. „Ich glaube wirklich, daß er jeden meiner Wünsche liest und gleich erfüllt.“

„Das ist doch nur natürlich!“ meinte Gude.

„Es wird wirklich hier ein Garten für mich angelegt,“ sagte Gerda. „Es ist kein Scherz. Warum sollte man keine Blumenbeete auf einem Schiff haben? Einen schwimmenden Garten! Heute morgen kam ein alter Mann an Bord. Er erzählte, daß er Gärtner wäre und herbestellt worden sei. Telephonisch, wenn ich recht verstand. Er hatte einen Gartenarbeiter zur Hilfe und auf einer Karre die Blumenkästen mitgebracht. Die sollten vor meiner Kajütentür stehen, sagte er, das wäre ihm gesagt worden.“

Als aber die Kästen aufgestellt waren, fragte er, was ich sonst noch für Wünsche hätte. Er hätte Auftrag, alle Blumen, die ich haben wollte, an Bord zu pflanzen. Die Pflanzen, die er gebracht hätte, wären nur eine Probe.“

Gerda lachte: „Ja, und dann tat ich sicher etwas sehr Wertehres! Aber ich wurde so ausgelassen, daß ich den Gärtner am Arm nahm und ihn auf dem Deck herumführte.“

Das ganze Schiff soll ein Garten sein! sagte ich zu ihm. Hier will ich Hyazinthen, da italienische Anemonen und dort zwei Reihen Feuerbohnen haben. Und zum Sommer will ich

Stokrosen an den Kajütenwänden und Schlingrosen an den Masten haben.

Er nickte nur und nickte. Wir lachten alle beide, und ich begann zu phantasieren: Ich will einen Küchengarten haben, so daß ich immer frische Krebse habe. Und Peterflie zu meinen gelochten Schollen, und meinewegen auch noch gelbe Wurzeln und Spinat! Wir wurden immer lustiger, der alte Gärtner und ich. Er hatte noch nie ein Schiff bepflanzt, und es machte ihm Spaß. In Holland hatte er viele Schiffe gesehen, die schwimmende Gärten waren, und auch auf der Seine; auf allen Booten, die aus Le Havre kommen und am Pont neuf liegen, wachsen Blumen an Deck!

„Ich hoffe,“ lächelte Gude, „daß Sie vollen Gebrauch von der Erlaubnis gemacht haben — und daß Sie mich eines Tages einladen werden, Erdbeeren auf einem Beet an der Reiling zu pflücken!“

„Rein, Erdbeeren,“ sie schüttelte den Kopf, „die hab' ich wirklich vermissen. Aber wissen Sie, was für einen Einfall ich hatte: Das Dach über der Ruff, sagte ich zu dem Gärtner, müssen Sie mit feinem grünem Gras belegen, daß es zu einem Rasen wird. Und in alle Ecken müssen Blumen kommen. Wir einigten uns über die Farben.“

Gude gab seinen Beifall zu erkennen: „Ja, das war eine gute Idee!“

Sie hatte sich auf einen der roten Blüschessel gesetzt und stemmte die Finger gegeneinander. „So gingen wir zwei Stunden umher, der Gärtner und ich. Wir waren ziemlich albern, glaube ich, und er nahm überall Maß. Ich ließ ihn machen, was er wollte, da ich eigentlich davon ausging, daß es Spaß wäre. Auf jeden Fall hoffe ich, Herr Ruffast wird verstehen, daß es nur als Scherz gemeint war.“

„Das kann man nicht wissen,“ lachte Gude. „Die Hauptsache ist ja auch wohl, daß aus dem Scherze Ernst wird, und daß Sie alles bekommen, wie Sie es wünschen.“

Aber sie war doch ein bißchen bange davor, mißverstanden zu werden. Es hatte ihr nur Spaß gemacht, zusammen mit dem alten Gärtner ein wenig zu phantasieren: „Es war so nett und reizend, hübsch und bereit, ein Weltmann im Grunde. Er besitzt große Anlagen und Treibhäuser, wollte aber doch selbst mit dabei sein, wenn ein Schiff hergerichtet würde, um Blumen zu tragen. Stundenlang,“ sagte Gerda, „promenierten wir Arm in Arm, mit Erde an den Händen, und sprachen über tropische Pflanzen in Freiluftkultur.“

(Fortsetzung folgt.)



Vorfälle von der strengsten Sachlichkeit sind. Berichte von Veranstaltungen, Demonstrationen, Tagungen, Kongressen müssen sofort nach Beendigung der Veranstaltung auf dem schnellsten Wege nach vorheriger Vereinbarung der Redaktion zugänglich gemacht werden. — Alle Parteinachrichten (Versammlungsankündigungen usw.) sind hingegen nach wie vor schriftlich dem Bezirkssekretariat einzureichen. Die Redaktion nimmt derartige Mitteilungen weder telefonisch noch schriftlich entgegen.

### Das markenfreie Brot 10000 M.

Wie zu erwarten war, bringt der kommende Montag neben anderen Preissteigerungen auch wieder eine neue Erhöhung der Preise für markenfreie Gebäck, die sich wie folgt gestalten werden: Das markenfreie Brot 10000, die markenfreie Schrippe 500, Hörnchen und Kaiserbrötchen 700, Plunder- und Blechbrotchen 1000—1200, das Pfund Einmal 8400, das Pfund gerösteter Zwieback 10 400, geröstete Semmel 7600, Badgler 1500—2000 M.

### Ein Zonen tarif für Droschken.

Gleichzeitig mit der Tarifserhöhung für Pferde droschken um das Zehntausendfache und für Kraft droschken um das Fünfzehntausendfache der Grundlage ist vom Polizeipräsidenten als Abschluss längerer Verhandlungen mit dem Magistrat und den in Frage kommenden Interessentenvertretungen die Einführung eines Dreizonen tarifs genehmigt worden. Man hat sich zu einer solchen Regelung in Rücksichtnahme der Interessen des Publikums veranlaßt gesehen, da sonst durch die häufigen und notwendig gewordenen Tarifserhöhungen zu stark belastet werden müßte. Diesem Gesichtspunkt ist auch dadurch Rechnung getragen, daß die Bestimmung des Fahrpreises neuerdings wieder von der Zahl der Fahrgäste abhängig gemacht wird. Dagegen ist der Unterschied zwischen einer Tag- und einer Nachtzone aufgegeben worden. Im einzelnen gilt innerhalb einer Zonenzone eine bestimmte Taxe. Der Fahrpreisanzeiger gibt jedesmal an, wenn sich die Taxe bei Ueberschreitung einer neuen Zone verdoppelt (Tage II) und verdreifacht (Tage III). Die Innenzonen umfaßt im wesentlichen Mit-Berlin mit den unmittelbar zusammenhängenden Stadtteilen. Die zweite und mittlere Zone erstreckt sich auf die im baulichen Zusammenhang hiermit stehenden Gemeinden. Die dritte und Außenzonen wird von den ländlichen und Randgemeinden gebildet.

Die Hauptverkehrsstelle teilt hierzu mit, daß die Herausgabe eines Merkblattes beabsichtigt ist, das die neuen Bestimmungen enthält. Es soll in den Droschken zum Aushang kommen. Ferner soll eine Umrangungstabelle eingeführt werden, die der Droschkführer stets bei sich tragen muß. Auf diese Weise soll allen Fahrgästen Gelegenheit gegeben werden, selbst die Festsetzung des Fahrpreises durch Einsicht in diese Tabelle nachzuprüfen. Bei Unstimmigkeit wird gebeten, daß die Beschwerden bei den Beamten der Schutzpolizei vorgebracht oder unmittelbar an die Hauptverkehrsstelle des Polizeipräsidenten in Charlottenburg, Kaiserdenkmal 1, gerichtet werden. Besonders wird noch darauf hingewiesen, daß die Führer von Kraft droschken verpflichtet sind, jede Fahrt in der Dreizonengrenze anzunehmen.

### Die Zirkus-Krawalle vor Gericht.

#### Vernehmung des Stadtverordneten Dr. Rosenbergs.

Im Verlaufe der gestrigen Verhandlung erklärte der inzwischen aus der Haft entlassene Angeklagte Steinicke, daß es ihm durch seine Verhaftung unmöglich gemacht worden sei, sich sachgemäß auf alles vorzubereiten. Um Mißverständnisse zu vermeiden, werde er vorläufig keine weiteren Erklärungen abgeben. Da sich Steinicke aber bereit erklärt, heute weiter Rede und Antwort zu stehen, wird seine Vernehmung abgebrochen und es wird der zweite Angeklagte Privatdozent Dr. Rosenbergs vernommen.

Der Angeklagte gibt zu, daß er der Funktionärversammlung am 13. Dezember beigewohnt habe. Diese Versammlung beschäftigte sich mit dem Parteiprogramm für den Moskauer Weltkongress. Er habe als Stadtverordneter teilgenommen. Unter verschiedenen wurde die Einschließung gegen die Zirkus-Busch-Versammlung eingebracht und ohne weiteres angenommen. Dr. Rosenbergs sagte dann folgendes: „Es war uns bekannt, daß der Bund für Freiheit und Ordnung die Orgel in Berlin zu organisieren beabsichtigte. Zwar waren vorübergehend im Vorstand einige Herren aus den Mittelparteien. Die Organisation war aber in Wirklichkeit deutschpolitisch. Der Vorstehende Geisler ist ja inzwischen auch zu dieser Partei abgewandert. Der Bund setzt sich in der Hauptphase aus denselben Kreisen zusammen, die in Sachen die ausgeführte Organisation der „Brüder von Stein“ bildeten. Der Kerntrupp war der Berliner Bezirksschup. Es gehörte dazu auch der Sportklub „Olympia“, der eine Fortsetzung der Zeitfreiwillingen ist, der „Bismarck-Bund“, der Schup- und Truhband, der Bund nationalgesinnter Soldaten und die Koffbah-Organisation. Es war eine bewaffnete militärische Organisation. Wir traten demgegenüber als Schützer der Republik auf. Unsere Rolle ist dabei ja etwas grotesk, den wir sind Gegner der bestehenden Staatsordnung. Aber es gibt auch einen Zeitpunkt, wo wir mit der bestehenden Republik gemeinsame Sache machen müssen gegenüber einem gemeinsamen Feinde. Die Republik ist das kleinere Uebel gegenüber der Diktatur der Reichswehr. Man könnte einwenden, es sei unanständig, jemandem auf der freien Meinungsäußerung zu hindern. Aber die Versammlung dieser bewaffneten schiffschifflichen Elemente war ein Paradeaufmarsch, um zu zeigen: Wir sind hier als bewaffnete Macht. Vorl.: „Sie mußten sich doch klar sein, daß Sie zu der geschlossenen Versammlung keinen Eintritt hätten und ohne Eintrittskarte nicht geduldet wurden. Hielten Sie Hausfriedensbruch und Landfriedensbruch für satthaft?“ Angekl.: „Ich hatte nicht den Eindruck, daß es eine geschlossene Versammlung sei, sondern betrachtete sie als eine Propagandaversammlung, zu der jeder Zutritt hatte, solange Platz war. Minister Seegering hat ja hinderlich erklärt, daß er die Versammlung verboten hätte, wenn er in Berlin gewesen wäre.“ Vorl.: „Ist Ihnen bekannt, daß irgendein Führer bei der Sprengung der Versammlung zugegen war?“ Angekl.: „Das ist mir nicht bekannt.“ Vorl.: „Ist es nicht auffällig, daß eine Partei zu einer derartigen Demonstration auffordert, und daß dann kein Führer dabei ist?“ Angekl.: „Ich nehme an, daß auch Führer dabei waren. Wenn ich es auch müßte, würde ich niemand angeben.“ Vorl.: „Aber Tatsache ist, daß nicht einer abgefaßt ist.“ Angekl.: „Von den 2000 Teilnehmern sind ja nur zwei „gefaßt“ worden.“ Der Angeklagte Segella schließt sich den Erklärungen Rosenbergs an. Er hat auch in der Funktionärversammlung mitgestimmt. Sodann wird der Angeklagte Hoepfner vernommen, der als Nebenführer angeklagt ist. Er war zusammen mit dem Mitangeklagten Mahlow Vertrauensmann des Othachlofenrates im Städtischen Amt und gibt zu, im Versammlungslokal Teile aus dem Artikel der „Kölnischen Volkszeitung“ gelesen zu haben, befreit aber, von der Partei Instruktionen gehabt zu haben. Am nächsten Morgen ist unter Führung der beiden Angeklagten ein Zug mit Ordern zusammengestellt worden, der unter Führung des Revolutionsliedes „Auf zum Kampf“ zum Zirkus Busch zog. Der Angeklagte bestreitet dann, daß er bei der Schlägerei dabei gewesen sei. Er stellt unter Beweis, daß er bei einem Schuhmacher in der Dragonerstraße um die Zeit war. Vorl.: „Sie sind ein merkwürdiger Führer. Erst bringen Sie die Leute zusammen, führen sie hin und wenn es losgeht verduften Sie.“ Angekl.: „Ich bin nicht verduftet. Unterwegs war mir meine Sohle am Stiefel losgegangen und da lief ich schnell zu einem Schuhmacher. Das hat etwas länger gedauert.“

Im Köln-Prozess wurde die Vernehmung der Sachverständigen Logemann, Sachverständiger Raben bezeichnete die Buchführung als ein wahres Chaos. Köln mag hieran nicht besonders schuld sein, denn er war zu wenig Kaufmann für eine derartige Organisation. Was die Millionenverluste anbelangt, so mußte dem

Angeschlagene geglaubt werden, daß er um Millionen von seinen Untervertretern betrogen und bestohlen ist. Auch von den Einzählern ist zum großen Teil nichts Gutes zu sagen, da sie mit geringen Beträgen im Spiel Tausende verdienen wollten. Nach dem Zusammenbruch hat bezeichnenderweise ein Vertreter den anderen einen Spießbuden genannt. Der Rennfall brachte der Masse nur Schaden. Aus dem Konkurs kann nichts herauskommen und ich würde die Einstellung mangels ausreichender Masse empfehlen. Ein gerichtlicher Befehl an die 20 000 Anmeldeur allein würde, da jede Antwort zirka 1000 M. Kosten verursacht, 20 Millionen ausmachen, mehr als die Masse beträgt. Die Vorwürfe der Gläubiger, daß Köln Millionen teilsweise geschafft hat, sind ein Märchen. Keiner wird soviel gelogen wie bei großen Konkursen. Nach zahlreichen Fragen der Rechtsanwältin wird die weitere Verhandlung vertagt.

### Detektiv Luxauge.

#### Raffinierte Ausplünderung eines Ausländers.

Der „Direktor“ Fred Zemple betrieb in der Ramlerstr. 35 das „Beli-Detektiv-Institut Luxauge“ in der Weise, daß die Kriminalpolizei ihn selbst wegen Erpressung und Betrugesschuld nehmen mußte. Wegen Haftunfähigkeit wurde er jedoch aus dem Untersuchungsgefängnis wieder entlassen. Während der kurzen Zeit seiner Inhaftierung hatte er im Gefängnis einen Ausländer kennengelernt, dem er sich als früheren Kriminalbeamten vorgestellt und viel von seinen guten Beziehungen gesprochen hatte. Er erklärte ihm, daß ihn sein Fall besonders interessiere, weil er ganz zu unrecht verurteilt sei, und er erbot sich, für ihn einzutreten. Er erhielt von dem Ausländer unbeschränkte Vollmacht und benutzte sie dazu, sofort nach der Wohnung des Ausländers in der Hauptstraße nach Schöneberg zu gehen, um sich auf Grund der Vollmacht von der Witin die ganzen dort niedergelegten Sachen seines Klienten ausständig zu lassen. Er gelangte so in den Besitz von Wertgegenständen und Kleidungsstücken im Werte von 40 Millionen Mark. Die Wertgegenstände machte er zu Geld, die schönen Kleidungsstücke ließ er für seinen eigenen Gebrauch umarbeiten. Die Witin hatte sich aber vorsichtshalber mit dem Ausländer in Verbindung gesetzt, und so kam der Schwindel des „Detektivs“ vorzeitig zur Kenntnis der Kriminalpolizei, die den Schwindler abermals festnahm und wiederum dem Untersuchungsrichter zuführte.

### Die Bekämpfung des Verbrechertums.

Das Anwachsen des Verbrechertums in der Nachkriegszeit erfordert gebieterisch das Einsehen der ganzen Kraft und aller Mittel der Polizei zur Bekämpfung. Insbesondere muß auf Mittel und Wege geachtet werden, die vorbeugende Tätigkeit der Polizei noch wesentlich zu verbessern und auszugestalten. Wenngleich Versuche, dieses Problem erfolgreich zu lösen, schon vielfach gemacht worden sind, so fehlte es doch bisher an einer systematischen Darstellung und an einer Zusammenfassung von Vorschlägen für den vorbeugenden Kampf gegen das Verbrechen. Deshalb hat sich die Freie Vereinigung für Polizei- und Kriminalwissenschaft, deren Vorsitzender der Präsident des Oberverwaltungsgerichts Dr. Drems ist, im Einverständnis mit dem preussischen Ministerium des Innern entschlossen, folgende Preisaufrage zu stellen: „Wie kann die vorbeugende Tätigkeit der Polizei bei Bekämpfung des Verbrechertums ausgebaut und erfolgreicher gestaltet werden?“ Die Lösungen sind bis zum 30. Oktober d. J. an die Schriftleitung der Zeitschrift „Die Polizei“ einzureichen. Das preussische Ministerium des Innern hat einen größeren Preis zur Verfügung gestellt. Das Preisrichteramt haben übernommen: Staatsminister und Präsident des Preussischen Oberverwaltungsgerichts in Berlin Dr. Drems, Geh. Regierungsrat und Ministerialrat im Ministerium des Innern Dr. Graef, Generalstaatsanwalt beim Landgericht I in Berlin Lindow, Geh. Bezugsrat im Reichsministerium des Innern Dr. Heindl, Oberregierungsrat und Leiter der Kriminalpolizei Berlin Hoppe, Polizeirat und Hauptschriftleiter der Zeitschrift „Die Polizei“ Paczowski und Kriminalkommissar in Berlin Bredel.

Eine abermalige Änderung der Gewerbe-, Hunde-, Pferde- und Motorbootssteuerordnungen hat der Magistrat Berlin beschloffen, damit bei der Entrichtung die Geldentwertung noch mehr als bisher berücksichtigt werden kann. Dies in festen Beträgen zu veranlagenden Summen sollen in dem Geldwert zu Beginn des Rechnungsjahres gezahlt werden. Bei Veränderungen des Geldwertes im Zeitpunkt der Zahlung gegenüber dem Stande vom 1. April sollen dann Zuschläge zu den veranlagten Beträgen erfolgen, und zwar nach dem Reichsindex.

Schulgeld an höheren Schulen. Nach einer neuen Verfügung des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung beträgt, dem Amtlichen Preussischen Preßedienst zufolge, das Schulgeld an den staatlichen höheren Lehranstalten für das nächste Vierteljahr ab 1. Juli d. J. 37 500 M. (jährlich 150 000 M.). An nichtstaatlichen höheren Lehranstalten darf ein Schulgeld bis zu diesem Betrage erhoben werden, für Auswärtige ein Zuschlag bis zu 25 Proz.

Zur Beachtung für Auswanderer. Das Reichsauswanderungsamt, Berlin NW. 7, Luisenstr. 31a, ist aus Ersparnisgründen genötigt, seine mündliche Auskunftserteilung über Arbeits-, Lebens- und Niederlassungsverhältnisse, sowie Fortkommensverhältnisse für Deutsche im Ausland und über die Reisemöglichkeiten dahin auf die Zeit von 9 bis 1 Uhr zu beschränken.

Jugendporttag Neukölln. Das Bezirksamt Neukölln teilt mit: Durch die Vertagung der Sommerferien wird der vom Jugendamt Neukölln am Sonntag, den 1. Juli geplante Jugendporttag für sämtliche Neuköllner Schulen auf Sonntag, den 16. September, verlegt.

Dank aus hohensingen. Der „Vorwärts“ veröffentlichte vor mehreren Wochen die aus den Volksbeiräten hohensingener kommende Bitte, daß Wander- und Gesangsvereine auf ihren Ausflügen nach hohensingen und Umgebung auch ihrer kranken Brüder gedenken und sie durch Darbietungen ihrer Sangeskunst erfreuen möchten. Jetzt schreibt man uns aus hohensingen, daß jener Aufruf, der auf die bewährte Hilfsbereitschaft der Arbeiterbevölkerung rechnete, bereits Erfolg gehabt hat. Mit Worten freudiger Anerkennung wird uns berichtet, daß an den letzten drei Sonntagen die Heilstätten von Vereinen besucht wurden, die durch Veranstaltung kleiner Konzerte sich den Dank der Pflöglinge erworben. Die Pflöglinge hoffen, daß noch recht viele Vereine ihnen diese Freude bereiten werden.

Vertrauensmännerverammlung der Schwerbeschädigten. Die Hauptabteilung der Stadt Berlin für Kriegsbeschädigte und Kriegsbeschädigte teilt mit: Die Schwerbeschädigten-Vertrauensmänner der Groß-Berliner Betriebe halten am Mittwoch, den 4. Juli 1923, abends 6 Uhr, in der Aula der 5. Gewerbeschule, Rangstr. 31, eine Besprechung über die Auslegung des Gesetzes betreffend die Beschäftigung Schwerbeschädigter ab. Sämtliche Vertrauensleute der Schwerbeschädigten aller Groß-Berliner Betriebe werden hierzu eingeladen.

Ein großes Kinderwaldfest. Bestehend aus Konzerten, Gesang, Turnen und sportliche Darbietungen, Kinder-, Jugend- und volkstümliche Spiele aller Art, veranstaltet in Gemeinschaft mit der 107. Arbeiterjugend die freie Schulgemeinde Charlottenburg am Sonntag, den 1. Juli, in Gieselerpark, Sammelplatz und Admarck des Festplatzes, nachmittags 1 Uhr, vor dem Amtsgericht, im Zuge der Neuen Kantstraße, Turnplätze mitbringen. Alle Freunde einer freien Schulbewegung werden zur Teilnahme herzlich eingeladen.

Sonnenwendfeier. In der Nacht vom 30. Juni zum 1. Juli feiern sozialistische Studenten gemeinsam mit Jungsozialisten Sonnenwende auf der Halbinsel auf der Südseite des Dahlemer See bei Bardenheide. Dabei bis frühmorgens über Strömer alle halbe Stunde. Wandtrupp 827 ab Friedrichstraße. Alle Jungsozialisten willkommen. Klampfen, Fiedeln, Teden mitbringen.

Genosse Pörrer Meier spricht Sonntag 6 Uhr in der Trinitatis-Kirche, Charlottenburg (mit Untergrundbahn bis Bismarckstraße), über „Optimismus und pessimismus“.

### Die Not der arbeitenden Jugend.

Mit diesem Thema beschäftigte sich eine am Donnerstag in den Germania-Sälen stattgefundene gutbesuchte Versammlung jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen, die vom Verein sozialistischer Arbeiterjugend einberufen worden war. Der Referent Genosse Dr. M o j e s führte eingangs aus, daß jetzt der Höhepunkt des Kampfes, der im Augenblick zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutenden geführt wird, erreicht sei. Auf der einen Seite stehen die schwerindustriellen Kreise mit Gewinnen aller Art beladen, während sich auf der anderen Seite die nackte Armut präsentiert. Und so kommt es, daß der Kampf der Hungerigen gegen die Satten immer schärfere Formen annimmt. Der Kölner Ortsausschuß des ADGB hat eine Denkschrift verfaßt, worin er einfache Zahlen sprechen läßt. Wie viele Berufskrankheiten werden genannt, die größtenteils das tödliche Gift in sich tragen. Unsere Aufgabe muß es sein, mehr denn je wahre Menschlichkeit zu treiben. Der Kölner Ortsausschuß des ADGB fordert daher am Schluß seiner Denkschrift die Einrichtung eines gewerbehygienischen Zentralsekretariats beim ADGB. Weiter wird die Forderung laut nach Einführung des gewerbehygienischen Unterrichts in den Fortbildungsschulen. Hier würde sich der Jugend ein großes Tätigkeitsgebiet erschließen. Genosse Dr. M o j e s sprach dann über die Folgen des Krieges. Leidner hätten weite Kreise des deutschen Volkes keine Erinnerung mehr dafür, was der Krieg gebracht und uns hinterlassen. Der Krieg hat uns auch zu einer Hungerkatastrophe verholfen. Eine Krankheit, von der kein Hungerer als Birkow schon im Jahre 1848 sagte, daß sie überholt sei, taucht wieder auf: der Skorbut! Es ist daher nicht verwerflich, daß das Elend immer größer wird und die Proletarier infolge der unheiligen sozialen Verhältnisse die Leidtragenden sein müssen. Im Augenblick lastet eine dumpfe Schwüle über uns. Es müßte endlich etwas geschehen, um Not und Elend der Bevölkerung zu lindern. Die Versammlung nahm schließlich eine Resolution an, die schärfsten Protest einlegt gegen die Behandlung der wertvollen Jugend im Arbeitszeitgesetz, das demnach dem Reichstag zugeht. Weiterhin gelangte eine Einschätzung zur Annahme, die sich gegen die immer weitergehende Verelendung der Jugend wendet. Die Vertreter in Reich, Land und Gemeinde werden aufgefordert, Schritte zu unternehmen, um die Forderungen der Jugend zur Durchführung zu bringen.

Nach dem gemeinsamen Gesang der „Internationale“ schloß Genosse Joseph mit einem Hoch auf die Arbeiterjugendbewegung die Versammlung.

Raubmord an einem Berliner bei Hannover. In Lette bei Hannover wurde ein graufürer Leichenfund gemacht. Man fand dort die Leiche eines erwachsenen Mannes, dem der Kopf vom Rumpf getrennt war. Die Polizeibehörde sandte einen Fingerabdruck des Ermordeten dem Erkennungsdienst der Berliner Kriminalpolizei, und dieser gelang es, an Hand dieses Fingerabdruckes den Toten festzustellen, als einen 48 Jahre alten Schuhmacher August Kruse, der bis vor einiger Zeit in Berlin gewohnt hat. Er ist unzweifelhaft einem Raubmord zum Opfer gefallen.

Folgeschwere Erbsinn. In Unterluh bei Heizer ereignete sich eine folgenschwere Explosion von Sprengkörpern. Vier Arbeiter, die sich auf der Suche nach Sprengstoffen befanden, fanden eine Mine, von der sie die Führungsringe entfernen wollten. Trotz der Warnung des einen Arbeiters, der die Situation erkannte und sich in Sicherheit brachte, arbeiteten die drei anderen weiter an der Mine herum, als diese plötzlich explodierte und zwei Arbeiter sofort tötete und den dritten so schwer verletzte, daß er sofort ins Krankenhaus gebracht werden mußte, wo er bald darauf verstarb.

Nach der Hitzeperiode der Wirbelsturm. Nach einer vorangegangenen Hitzeperiode brach in New York ein Wirbelsturm los, bei dem vier Personen getötet und viele andere verletzt wurden. Zahlreiche Häuser wurden schwer beschädigt, Automobile umgestürzt, Hunderte von Bäumen entwurzelt und Telefonmasten umgeworfen. Polizei und Feuerwehr sperren zahlreiche Straßen ab, um zu verhindern, daß die vielen auf die Erde hängenden elektrischen Drähte das Publikum in Lebensgefahr bringen.

### Jugendveranstaltungen.

#### Morgen, Sonntag, den 1. Juli:

Mosk.: Spielort nach Wilmersdorf. Treffpunkt 4 1/2 Uhr Bf. B-Baum. — Niederbachhausen: Wanderung Potsdam-Schwielowsee. Treffpunkt 6 Uhr Triebensee. — Reinickendorf: Wanderung nach Sandbühlchen. Treffpunkt 7 Uhr Bf. Schönhol. — Rosenhagen: Besuch: Wanderung nach Bernau-Beckwitz. Treffpunkt 6 Uhr Eiertiner Forstbühndorf.

Heute abend findet in Adligswaldhufen ein Unterbezirksjugendtag des Unterbezirks Hohenhagen-Adligswaldhufen statt. Die Berliner Genossen und Genossinnen werden zu dieser Veranstaltung herzlich eingeladen. Am Sonntag findet die Beschäftigung der Funktionäre statt. Teilnahmegebühr höher für Jugendliche über 18 Jahre 600 M., für Jugendliche unter 18 Jahren 300 M.

Unterbezirksjugendtag am 30. Juni und 1. Juli in Adligswaldhufen. Programm: Sonnabend abend 9 Uhr: Feiern, Gesang; Sonntag vormittags 9 Uhr: Feiern, Gesang, Besuche; Sonntag nachmittags 2 Uhr: Republikanische Jugendkundgebung, Fahnen und Banner mitbringen.

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Genosse Horst Meier spricht am Sonntag, den 1. Juli nachmittags 9 Uhr, in Adligswaldhufen im Wilmersdorf-Hotel in einer Feierstunde der Sozialistischen Arbeiterjugend über dieses Thema.

### Arbeitersport.

Die Ruberregatta des Freien Ruberbundes findet, wie mitgeteilt, am Sonntag, den 1. Juli, 1 1/2 Uhr, auf dem Langen See vor den Tribünen des Regattaverains statt. An die Berliner Arbeiterjugend wird die Bitte gerichtet, die Veranstaltung durch regen Besuch nach Kräften zu unterstützen. Karten zu sehr mäßigen Preisen in den Vereinen, im Sporthaus Fichte und an der Kasse.

Freie Turnerschaft Wilmersdorf. Heute (Sonntag) abend 7 Uhr auf dem Reichsanwaltschaftsbergründungsplatz. Sonntag nachmittags 4 Uhr Sommerball zum Behen der Ferienunterhaltung der Kinderabteilungen im Scharnberg-Gymnasium in Hohenhagen. Dienstag nachmittags treffen sich die Kinder zur Information über die Ferienveranstaltungen auf dem Kurpark.

Wirtliche Reichstagsfeier. Sonnabend, den 30. Juni, auf dem Sportplatz am Tiergarten Aufstellungsgelände für die Bundeswehrschützen. Beginn 10 Uhr. Sonntag, den 1. Juli, um 11 Uhr, antreten der Freizeitsportler. Die Freizeitsportler sind die gleichen wie zum Reichsarbeiterporttag (siehe „Freie Sportvereine“ Nr. 12 und „Arbeiter-Zeitung“ Nr. 9). Jeder Sportgenosse muß, wenn irgend möglich, teilnehmen. Der Einmarsch erfolgt von zwei Seiten im Schritt. Am Sonabend nach dem Reichstagsfeier Sportausführung, alle Sportvereine und Vorstände der Vereine und Abteilungen nehmen daran teil. Sitzungslokal: Wilmersdorf 188.

### Sport.

#### Rennen zu Strausberg am Freitag, den 29. Juni.

1. R e n n e n. 1. Ulfen (Bismarck), 2. Wilde Rose (Cuabe), 3. Cimado (R. Schaller). Toto: 18 : 10. Platz: 12 : 10. Ferner lief: Windenbläse.  
2. R e n n e n. 1. Teuf (Königs), 2. Waffelbräu (Hellerbrand), 3. Zehnmal (Habel). Toto: 192 : 10. Platz: 56 : 27. Ferner liefen: Zentlein, Waffler, Worgane.  
3. R e n n e n. 1. Palma (R. Schaller), 2. Gelbin (Bismarck), 3. Grasmäde (Mannchen). Toto: 47 : 10. Platz: 21 : 17, 56 : 10. Ferner liefen: Rurabombe (4), Reuland, Schöndel (gef.), Allintz (angeh.), Gänse hoch, Wurfchen, Kribbel, Krabbel, Varan.  
4. R e n n e n. 1. Grün (Gabel), 2. Gabel (Gabel), 3. Gabel (Gabel). Toto: 106 : 10. Platz: 25 : 20, 16 : 10. Ferner liefen: Gorbemas, Erdrope, Bino, Waffler, Silberberg, Heba.  
5. R e n n e n. 1. Tritan (Reimisch), 2. Dehoma (Reue), 3. Fländern (Ruh). Toto: 32 : 10. 3. liefen.  
6. R e n n e n. 1. Denar (Königs), 2. Amentol (Graf), 3. Dagobert (Königs). Toto: 29 : 10. Platz: 15 : 13 : 10. Ferner liefen: Roma, Schloffer.



# Der Sieg der Steuerflüchtigen.

## Ablehnung des Gemeindecats.

Vor fast noch völlig leerem Hause begann gestern bald nach 5 Uhr die dritte Sitzung der Stadtverordneten dieser Woche, die letzte vor den Sommerferien (die aber bereits am 28. Juni durch eine Ferienpause eine Unterbrechung erfahren werden). Es wurde alsbald in die Fortsetzung der Beratung des vom Zentrum und der Wirtschaftlichen Partei unterstützten Antrags der Sozialdemokraten betreffend die

### Revision des Gesetzes Groß-Berlin

eingetreten. Die Diskussion war wider Vermuten nur noch von geringer Ausdehnung; Herr v. Egnern und Herr Mertens, die schon am Dienstag als Sprecher der Deutschen Volkspartei und der Demokraten sich zum Wort gemeldet hatten, fehlten bei ihrem Namensaufruf! So bekam man nur Herrn Lange (Z.) und Herrn Dr. Steiniger (D. Rat.) zu hören. Ersterer als Mitantragsteller führte aus, daß das Gesetz Groß-Berlin noch nicht lange genug in Geltung sei, um schon einer Revision unterworfen zu werden. Das Zentrum trete wie die Soz. für die Integrität des Gebiets von Groß-Berlin und für die Aufrechterhaltung der Finanz- und Steuerhoheit der Einheitsgemeinde ein, erstrebe aber eine stärkere Autonomie. Dr. Steiniger sprach sich dagegen durchaus für eine glatte Scheidung und scharfe Trennung der Zuständigkeiten zwischen Bezirken und Zentrale aus, da sonst das der Zentrale zustehende Kontrollrecht illusorisch werden müßte. Unter dieser Voraussetzung braucht man auch von dem jetzigen Gebiete nichts abzutrennen. Im übrigen hatte er nichts dagegen, wenn der Landtag seine Beratungen über die Revisionsanträge einmal aussetze. — Die Abstimmung wurde auf 7 Uhr verschoben. — Die Dringlichkeitsvorlage wegen der weiteren Erhöhung der Wohnungsbauabgabe ging in den Haushaltsausschuß. Die weiteren Dringlichkeitsvorlagen, welche acht Milliarden für die Fortsetzung der Bauarbeiten und der Betriebsmittelfortschaffung an der Nord-Süd-Bahn bereitstellen will, wollten die D. Nat. und DVP. auch der Ausschuhberatung überweisen; dem widersetzten sich aber Dörr (Komm.) und Genosse Heimann, die sofortige Verabschiedung im Hinblick auf die große Arbeitslosigkeit dringend empfahlen. Auch hierüber wurde die Abstimmung ausgesetzt. — Zur Verhandlung gelangte nunmehr der von den Kommunisten am 12. April eingebrachte Antrag, der

### Gemeindevahlen in Groß-Berlin

ebenfalls bis zum 30. November 1923 stattfinden zu lassen. Das Gesetz zur vorläufigen Regelung der Gemeindevahlen hat die Stadtgemeinde Berlin von dieser Bestimmung ausgenommen. — Dörr konnte berechtigte Gründe für diesen Ausschluß nicht entdecken und verlangte somit sofortige Schritte des Magistrats bei der Staatsregierung behufs Aufhebung des § 15 des zitierten Gesetzes. Für Groß-Berlin bestünde ein besonderes dringendes Bedürfnis nach Neuwahlen, da eine starke Umschichtung und Umstellung der Wählerschaft stattgefunden habe. — Baron, einer der zurzeit von drei Mitgliefern vertretenen unabhängigen Sozialdemokratischen Partei hielt Neuwahlen bis zum 30. November gleichfalls für nötig. — Auch Koch (D. Rat.) trat für den Grundgedanken des Antrags ein, d. h. für einheitliche Wahlen in allen Kommunen im ganzen Lande. Herr Koch glaubte das anscheinende Widerstreben der Soz. auf Furcht vor den Neuwahlen zurückzuführen zu müssen, ein Argument, das nach Koch von dem seitdem bekannten Richard Kunze (Deutsch-sozial) wieder einmal sehr bereitwillig aufgenommen wurde.

Gen. Dr. Wepl rechnete mit der eigenwilligen Koalition von Kommunisten, Unabhängigen, Deutschnationalen und „Anrupel“-Kunze gründlich ab. Im Gegensatz zu den anderen preussischen Kommunen habe Berlin seit 1919 schon drei Wahlen durchgemacht; auch seien in Berlin die Wahlkosten noch lange nicht erschöpft. Dann aber würde heute eine Wahl in Berlin in die Milliarden gehende Kosten verursachen. Die Wahrung ihrer Grundrechte und das Wie der Durchführung des Parteiprogramms sollte man ruhig der Partei selbst überlassen. Die Sozialdemokratie werde ihrer politischen Überzeugung nicht im geringsten untreu, wenn sie im nächsten November nicht schon wieder in Berlin Wahlen haben wolle. Die Sozialdemokratie wolle die jetzige bürgerliche Mehrheit sich auswirken lassen; auch bedürfe die Verwaltung einer gewissen Kontinuität. Ganz inkonsequent sei der plötzliche Formalismus der Kommunisten für das parlamentarische System und die formale Demokratie; selbst die Bolschewisten seien davon nicht so befreit wie Herr Dörr. Lehne heute die Verabschiedung des Gesetzes ab und komme es zu einer Auflösung, so hätte die Sozialdemokratie bei einer Neuwahl die Steuer- und Geldentwertungsgewinne am allerwenigsten zu fürchten.

Für den kommunistischen Antrag trat auch der Wirtschaftsparteiler Müller-Franken ein, da dem die wirtschaftliche Selbsthilfe organisierender selbständiger Mittelstand die Bahn freigemacht werden müsse, seine Stohkraft zu bewahren. — v. Egnern warnte davor, der Angelegenheit einen politischen Charakter beizulegen; bei aller Bedeutung der Debatten des Roten Hauses werde der Landtag sich doch wohl kaum von Berlin seine Marschroute vorschreiben lassen. In fast allen preussischen Gemeinden sei 1919, dicht nach der Um-

wälzung, gewählt worden; Berlin aber habe Oktober 1921 zuletzt gewählt. Von einer „Entrechtung“ großer Wählermassen könne nicht gesprochen werden. — Mertens (Dem.) pflichtete Dr. Wepl und v. Egnern bei. Die Versammlung habe auch an der Verwaltungstätigkeit teilzunehmen, und die werde gestört, wenn man in vier Jahren viermal den Bestand der kommunalen Körperschaften ändere. Wenn gerade Herr Kunze sich auf die Demokratie beruft, so sei es doppelt angezeigt, zwischen Demokratie und Demagogie scharf zu unterscheiden. — Mit nochmaliger Auseinandersetzung zwischen Koch und Dr. Wepl schloß die Erörterung. Auch hier wurde die Abstimmung verschoben.

Es folgte nun von 1/8 Uhr ab die Abstimmung über die noch nicht festgestellten Teile des Stadthaushalts für 1923 und die dazu vorliegenden Anträge.

Vor Beginn der Abstimmung gab Gen. Dr. Lohmann die Erklärung ab, daß in Sachen der Verbilligung des Gasbezuges für Rinderdemittel die Fraktion sich mit der im Ausschuh abgegebenen Erklärung des Kammerers begnüge, daß eine Magistratsvorlage im Sinne der Wünsche der Fraktion alsbald an die Versammlung gelangen werde.

Die Abstimmungen, die sich über eine Stunde hinzogen, ergaben zumeist die Annahme der Anträge des Haushaltsausschusses. Abgelehnt wurde mit Stimmengleichheit (99 gegen 99) der Ausschuh Antrag auf Beibehaltung der 2. Klasse in den Krankenhäusern. Zur Annahme kamen die Ausschuhanträge über Krankheitskosten bei den höheren Lehranstalten; bewilligt wurden auch die beiden Magistratsvorlagen in Lichtenberg und nachträglich genehmigt die beiden Stellen in Charlottenburg. Abgelehnt wurde der Ausschuh Antrag, wonach von Ausländerkindern nach wie vor ein Schulgeld erhoben werden soll. Bei den Zuwendungen an gemeinnützige Vereine fand der Ausschuh Antrag auf Erhöhung der Ausgaben für Seefische in den Anstalten von 100 000 auf 200 000 M. mit 101 gegen 98 Stimmen Annahme.

Bei der entscheidenden Abstimmung über das Kapitel der Steuern trat ein, was nach den Vorgängen, die sich nach der Beschlußfassung des Haushaltsausschusses abgespielt haben, immer deutlicher in den Bereich des Möglichen getreten war: Nachdem die Mehrheit den Antrag der Demokraten bei festen Steuerbeträgen die Selbstentwertung nach Maßgabe der gesetzlichen Möglichkeiten zu berücksichtigen“ abgelehnt und die Selbstentwertungskaufel nach dem Ausschuh Antrag angenommen hatte, wurde die gesamte Gewerbesteuer mit 104 gegen 88 Stimmen abgelehnt!

Die Kommunisten gingen mit der Mehrheit. Zwar fanden darauf die Schankkonzessionssteuer, die Hundsteuer und die Biersteuer eine Mehrheit; als dann aber der Umlageverteilungsbefehl zur Abstimmung gestellt wurde, wies Genosse Heimann auf die durch die Ablehnung der Gewerbesteuer erschwerte unumgängliche Situation hin, worauf Mertens den Antrag auf eine dritte Lesung des Etats ankündigte. Zwischen durch erklärte noch Justiz Braun (U. Soz.), daß die drei U. Soz. gegen den Etat stimmen würden. Schließlich wurde das Gesamtkapitel „Steuern“, dann der Umlageverteilungsbefehl und zuletzt der

### Stadthaushalt für 1923 im ganzen abgelehnt.

Für ihn stimmten nur einige Demokraten. Damit stand man vor einem Vakuum. Auch die Bormahme einer dritten Lesung unterließ, da vom Etat, wie der Vorleser Dr. Caspari feststellte, nichts mehr vorhanden war. Die Zurückung war in der Versammlung aufs höchste gestiegen. Fabian (Dnack.) beantragte um 1/9 Uhr Vertagung der Sitzung auf eine halbe Stunde und Zusammentritt des Kassenrats zur Erörterung der geschlossenen Lage. Dieser Antrag wurde, nachdem es noch zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen dem amtierenden Vorleserstellvertreter Dr. Meyer und Dr. Leibig (D. Sp.) gekommen war, zum Beschluß erhoben, während die Kommunisten mit ihrem Verlangen, die Sitzung überhaupt aufzuheben, in der Minderheit blieben.

Erst in späterer Abendstunde, gegen 1/12 Uhr, eröffnete Vorleserstellvertreter Dr. Meyer die Sitzung wieder. Zunächst wurde der Streit Meyer-Leibig beigelegt. Ein Dringlichkeitsantrag, den Ferienbeginn um eine Woche hinauszuschieben, fand auf der Rechten Widerspruch. Der Vorleser ließ darauf die Versammlung zu einer geheimen Sitzung zusammentreten.

Nach Wiedereröffnung der öffentlichen Sitzung schlug Genosse Heimann vor, daß über das Ergebnis der Fraktionserörterungen ein Meinungsaustausch stattfindet. Darauf wurde die Sitzung aufs neue vertagt. Der Kassenrat trat nochmals zu einer Beratung zusammen.

Punkt 12 Uhr wurde die Sitzung wieder eröffnet. Der Vorleser konnte nur mitteilen, daß die Besprechung im Kassenrat kein Ergebnis gehabt habe. Er schloß die Sitzung mit besten Ferienwünschen.

Die Philipp Weidel U. G., Kipphaal, Dachpappen-, und Leinwandfabrik, mit Ausnahme der Grundstücke, Gebäude und Fabrikeinrichtungen desgleichen.

Die Land- und Seelabelfwerke U. G., Köln-Hippes, mit Ausnahme der Gebäude desgleichen.

Die vorstehenden Beispiele lassen sich beliebig und in das Endlose vermehren. Ihnen gegenüber gibt es keinen Arbeitnehmer, dessen Bilanz heute noch Reserven, geschweige stillen Vermögenszuwachs aufweist.

### Die zehn reichsten Männer.

Kuczynski berichtet in einem seiner Amerikabriefe über amerikanische Schätzungen der zehn reichsten Männer der Erde. Es folgen hier:

1. Henry Ford (Amerika) . . . . .	550 Mill. Dollar
2. John D. Rockefeller (Amerika) . . . . .	500 . . . . .
3. Gerard von Westminster (England) . . . . .	150—200 . . . . .
4. Basil Zaharoff (England) . . . . .	100—125 . . . . .
5. Hugo Stinnes (Deutschland) . . . . .	100 . . . . .
6. Percy Rockefeller (Amerika) . . . . .	100 . . . . .
7. Baron H. Mitsui (Japan) . . . . .	100 . . . . .
8. Baron K. Iwasaki (Japan) . . . . .	100 . . . . .
9. J. B. Duke (Amerika) . . . . .	100 . . . . .
10. George F. Baker (Amerika) . . . . .	100 . . . . .

Wenn die amerikanische Schätzung richtig ist, betrüge das Stimmvermögen in Papiermark umgerechnet ungefähr 14,5 Billionen Mark. Das ist genau der Betrag, auf den die Schuldenlast des Reiches nach den letzten Ausweisen der Reichsfinanzverwaltung angewachsen ist.

### Geschichte einer Nationalbank.

Als Seipel erster Finanzminister Segur die österreichische Nationalbank einführte, wurde sie ganz unter Leitung und Aufsicht des States gestellt, der dafür auch die Bürgschaft übernahm, daß die Bank ihren Anteilseignern eine ausreichende Verzinsung bieten werde. Dann verlangte die Entente oder ihre Abteilungs Völkerverbund, daß die Bank vollkommen unabhängig werde. Die Regierung gab nach, hob aber natürlich mit ihrer Aufsicht auch die Zinsengarantie auf. Das aber paßte dem Völkerverbundskommissar Zimmermann nicht, als er Deutsch-Oesterreich übernahm. Auf sein Verlangen mußte die Bank einem ausländischen „Berater“, einem Vertreter des Ententeblocks, unterstellt werden. Damit aber nicht genug — jetzt muß der Staat, der in der Bank gar nichts zu sagen hat, die Garantie für 4 Prozent Dividende auf sich nehmen, 40 Prozent davon auch zahlen und außerdem 40 Prozent des Regieaufwands der Bank tragen.

Diese Verpflichtung wird jährlich 62,5 Milliarden Kronen kosten. Das entsprechende Seipel-Gesetz — die vierte Abänderung des Nationalbankgesetzes — ist jedoch eingebracht worden, und der christlichsozial-großdeutsche Sanierungsblock wird es natürlich schlucken. So wird Deutsch-Oesterreich saniert!

### Großhandelspreise Ende Juni.

Der vorübergehende Rückgang der Devisenkurse hat auf die Preissteigerung der Einfuhrwaren augenblicklich hemmend gewirkt, wogegen das noch zurückgebliebene Preisniveau der Inlandswaren keine Anpassung an den abgesunkenen Geldwert fortsetzte. Das Gesamtpreisniveau hat sich daher, nach den Berechnungen des statistischen Reichsamtes in der Zeit vom 15. bis 25. Juni von dem 17 490fachen des Friedensstandes auf das 24 618fache oder um 41 v. H. gehoben. Gleichzeitig stiegen die Lebensmittel von dem 12 780fachen auf das 18 730fache oder um 46 v. H. Die Industrielieferungen von dem 26 296fachen auf das 35 624fache oder um 35 v. H., ferner die Inlandswaren von dem 14 769fachen auf das 22 459fache oder um 52 v. H. Die Einfuhrwaren von dem 31 131fachen auf das 35 410fache oder um 14 v. H.

Errichtung einer niederländisch-indischen Glasfabrik mit deutscher Kapitalbeteiligung. Es sind Vorbereitungen für die Errichtung einer niederländisch-indischen Glasfabrik auf Sumatra im Gange. Die deutsche Glas-, Maschinen- und Ofenbauindustrie hat ihre Beteiligung an dem Unternehmen zugesagt.

Devisenkurse. Innerer gestriger Kurstafel ist noch nachzutragen: 1 finnische Mark 4249,— Geld, 4271,— Brief; 100 österr. Kronen 229,42 Geld, 230,58 Brief; 1 jiddische Krone 4658,— Geld, 4682,— Brief; 1 ungarische Krone 18,75 Geld, 18,85 Brief; 1 bulgarische Lewa 1396,50 Geld, 1403,50 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 1675,50 Geld, 1684,50 Brief.

## Aus der Partei.

Argumente gegen den Sozialismus. Friedrich Weiß in Wien, der 1922 in der dortigen Volkshochschule ein ausgezeichnetes Lehrbuch für Arbeiterschulen über „Sozialisierung“ hat erscheinen lassen, berichtet jedoch durch die Broschüre „Argumente gegen den Sozialismus“ (Verlag Raden u. Co., Dresden) die Kampfmittel der Partei. In jahrelangem Abwehrkampf gegen die Brüder, Spreng- und Verleumdungstaktik rechtsextremistischer und linksmostowitlicher Gewissenlosigkeit hat unsere Agitation vielleicht die Ueberzeugung weiterer Volksekreise von der Möglichkeit, ja Fälligkeit und wirtschaftlichen Notwendigkeit des Sozialismus zu wenig energisch betrieben. Es gilt aber gerade, sich durch Tagesgespräche nicht von unserer großen Leber ablenken zu lassen, und zu ihrer offensiven Vertiefung gegen die Argumente kapitalistischer Wortführer gibt die Schrift von Weiß in rasch eingehender und anziehender Form jedem, der lesen kann, trefflichere Waffen in die Hand. r. b.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

### Bezirksvorstand.

Heute abend pünktlich 6 Uhr, Sitzung im Jugendheim, Lindenstraße 3.

2. Kreis Biergarten. Sonnabend, den 30. Juni, 7 1/2 Uhr, bei Kalkauer, Wronberger Straße, Sitzung der Mitglieder des Bildungsausschusses und des Komitees für das Volkshaus.
7. Kreis Charlottenburg. Der Ausschuh zum morgigen Rinderwettbewerb in Eichkamp (Stamm der „Freien Schulgemeinde“ und der Sozialistischen Arbeiterjugend“ erfolgt nach nachfolgenden Stellen aus: 1. Abt.: 13 Uhr am Eichenweg; 2. Abt.: 12 Uhr bei Sehe, Guben-Abt.-Platz; 3. Abt.: 13 Uhr bei Aug. Uffmann; 4. Abt.: 12 1/2 Uhr im „Birnbaum“, Gellonstraße; 5. Abt.: 12 1/2 Uhr bei Reimer, Wilmersdorfer Str. 21; 6. Abt.: 12 1/2 Uhr bei Bierich, Kantstr. 62; 7. Abt.: 12 1/2 Uhr bei Krab, Kantstr. 51; 8. Abt.: 12 1/2 Uhr am Reitzparkplatz, Wittenbergplatz. Sammelpunkt vor dem Amtsgeschäft, Reitzparkplatz, große Halle. Johann usw. mitbringen. Getränke und Gebilde durch den Konsum.
8. Kreis Wilmersdorf. Der Bildungsausschuß läßt zu einer Wanderung durch das Ronnenloch ein. Treffpunkt Sonntag, den 1. Juli, 1/7 Uhr, Bahnhof Schwarzenhof. Wohnenbleibt nach Weidow Sonnabend lösen.

### Heute, Sonnabend, den 30. Juni:

Wohlfahrtsgesellschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrenden Groß-Berlins. In der ersten Woche nach den Ferien beginnt der Vorbereitungsausschuß für die Jugendweihen. Hierzu werden infolge des Antrages nach Beihilfe in allen Bezirken gebraucht. Die Beihilfegewinnungen werden daher um umgehende Mahnung an Rch. Schriftf., RD. 35, Gollhofer Str. 9, gebeten.

### Morgen, Sonntag, den 1. Juli:

11. Abt. Charlottenburg. Die Abteilung versammelt sich Sonntag mittags 12 Uhr am Eichenweg.
12. Abt. Schöneberg. Zusammenkunft aller Genossen und Genossinnen im Familien am Sonntag nachmittags 1 1/2 Uhr bei Grotz, Schenke, 17. Wilmersdorf mit Ruff zum Volkshaus nach dem Wilmersdorfer, Tempelhofer, pünktlich 3 Uhr. Samtliche Abteilungen des Kreises beizutreten sich am Ende mit Tchern.
13. Abt. Tempelhofer. Die Teilnehmer an der Beihilfung der Groß-Berliner Funktionen treffen sich früh pünktlich 6 1/2 Uhr am Bahnhof Tempelhofer, 126.—128. Abt. Wanzow. Familienausflug nach dem Chorinsee. Abfahrt früh 7 1/2 Uhr Bahnhof Hohenstraße die Busch. Die Mitglieder des Singvereins haben zu erscheinen.

## Wirtschaft

### Goldbilanzen.

Neuerdings beschäftigt sich die Industrie und die Bankwelt immer häufiger nicht nur mit der Umrechnung der Papiermarkdividende in Goldpfennige, sondern auch mit der Umgestaltung der Bilanzen, die man ebenfalls auf Goldzahlen bringen möchte, wenn — die Sicherheit bestünde, daß dabei das Geld des Kapitals „bewiesen“ werden kann. Wir betonen auch heute, daß wir gegen starke Krisenereignisse und gesunde Polsterung der Aktiengesellschaften mit Teilen der Kapitalrenten wenig einzusetzen haben. Ein widerstandsfähiges Unternehmen wird die Arbeiter in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ansäufeln zu behandeln vermögen, als eine Gesellschaft, bei der die Aktionäre den Dividendenklopp haben. Die Sache hat aber auch eine andere Seite. Heute werden die Nischenabschreibungen mehr oder weniger „still“ und meist auf Goldmarkbasis vorgenommen, dennoch werden die Interessenten mit dem Jammern und Klagen, im besonderen den Arbeitnehmern gegenüber, nicht fertig.

Wir bringen zur Einsichtnahme in die Fundierung der Soz. merke vieler Aktiengesellschaften nachstehend Auszüge aus einer Reihe von Industriebilanzen, die gestern und heute veröffentlicht worden sind.

Die Akkumulatoren-Fabrik U. G. Berlin hat unter dem Aktiven ihre Grundstücke per 31. Dezember 1922 mit 4,8 Millionen Mark verbucht, das Verwaltungsgebäude am Ostnischen Platz mit 2,5 Millionen, Bureau- und Wohngebäude mit 12 000 M., die Maschinen mit einer Mark und 12 Pfennigen, Fabrikgebäude, Bahnanschluss, Utensilien, Mobilitäten, Wohlfahrtseinrichtungen, Formationseinrichtung, Patente, Modelle und Skall stehen zusammen mit genau 8 M. und 63 Pf. zu Buche. Die Beteiligungen und Effekten werden mit 24 Millionen Mark und 56 Pfennig bewertet. Unter diesem Betrage stehen z. B. 2,5 Millionen Mark Aktien der Ziegel-Transport-U. G. Berlin, 18,4 Millionen Mark des Kommunalen Eisenwerk Mark, hagen, 9,4 Millionen Mark der Concordia-Gefäßfabrik U. G., Düsseldorf, 2,5 Millionen der Deut-

schen Edison Compagnie, 1,8 Millionen Mark der Karl Riessen U. G. in München und 1,8 Millionen schwedische Kronen der Stockholmer Akkumulatoren-Fabrik. Dazu kommen dann noch eine ganze Anzahl weiterer Beteiligungen.

Die Lorenz-U. G., Telephon- und Telegraphenwerke, Eisenbahn-Signal-Bauanstalt zu Berlin-Tempelhof verbuchen ihre Grundstücke, Gebäude, Maschinen, Werkzeuge, Werkstatteinrichtungen, Kontor-Mobilitäten, Patente, Modelle und die Radio-Versuchsanstalt mit je 1 Mark.

Die Kaiserliche Salzdehlfabrik U. G. verbucht Grundstücke, Vergaberechtskome, drei Schächte, Betriebsgebäude, Beamten- und Arbeiterwohnhäuser, Maschinen- und Apparate, Geräte und Werkzeuge, Inventar und Hilfsanlagen mit je 1 M.

Die Eisenbahn-Signalbau-Anstalt Max Jüdel u. Co. verbucht Maschinen, Inventar, Wagen und Pferde, Gleisanlagen, Werkzeug, Eisenmodelle und Schornmodelle mit je 1 M.

Die Felten u. Guilleaume U. G. Karlsruhe, Köln-Mülheim, verbucht Gebäude, Maschinen und Apparate, Werkzeuge, Hölzer, Modelle und Patente mit je 1 M.

Die Porzellanfabrik Telsch u. Co. Dresden-Mühlwitzer in Schlessen bucht ihren gesamten Besitz einschließlich der Effekten und Beteiligungen auf je 1 M. ab. Wenn sie nicht Bankrott haben und Außenstände auf der Aktivenseite hätte, müßte sie — Konkurs anmelden.

Die Atlantic-Werke U. G. Schorndorf Württemberg rechnen ebenfalls nahezu ausschließlich mit 1-Mark-Konten.

Die Adolf-Hütte, Kossin, und Chamotte-Werke, Amtshauptmannschaft Bauhen, verbucht sogar neben allen anderen Konten auch das Rohmaterial und ihr gesamtes Kossin- und Tonlager mit 1 M.

Die Karl Goldschmidt-Hut-Fabrik U. G. Budenwabe ist etwas bescheidener. Bei ihr stehen nur Grundstücke, Gebäude, Fabrikeinrichtung, Fuhrpark und Formen mit nur 1 M. zu Buche.

Die Aktiengesellschaft Norddeutsche Steingutfabrik Grohn bei Bremen verbucht nach der gleichen Methode.

Die Deutsche Gießfabrik und Maschinenfabrik, Schweinfurt, desgleichen.



